

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen. 73. Sitzung vom 5. Juli.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Mayr, Rothe u. A. Das Haus tritt in die Verhandlung der Finanzzölle, Position 25: Material- und Specereizöl, auch Conditorwaaren und andere Consumtilien, ein und genehmigt ohne Debatte die Zölle auf: Hefe aller Art, auch Meth 4 Mark; Branntwein, Arrac, Rum u. 48 M.; Wier aller Art 42 Mark (an einzelnen Stellen der bayerisch-österreichischen, sächsisch-böhmischen und badisch-schweizerischen Grenze für eigenen Bedarf der dortigen Bewohner bis 30 Pf. 3 Mark); Essig in Fässern 8 Mark, in Flaschen und Kruten 48 Mark.

Für Weine in Fässern ist ein Zoll von 24 Mark, in Flaschen von 48 Mark vorgeschlagen (bisheriger Zoll für beide Arten 16 Mark); die elsaß-lothringischen Abgg. Winterer und Gen. beantragen den ersten Zoll auf 12 Mark herabzusetzen; für andere Landestheile möge es sich ja beim Import von Wein um einen Luxus handeln, für die Reichslande um ein Lebensbedürfnis des Volkes. Eine Verringerung der bisherigen Lebensweise soll nicht so schnell; mindestens $\frac{1}{4}$ des Imports seien billige Weine, die von den geringsten Leuten consumirt werden. Würde ihr Import verhindert, so würde ein bedeutender Ausfall in der Zollinnahme eintreten und die Bevölkerung sich noch mehr, als dies leider schon geschehen, dem Branntweingenuß ergeben.

Geb. Rath Mayr: Die Weinbauenden Bezirke von Elsaß-Lothringen ebenso wie von Baden und der Pfalz haben ein Interesse an der Erhöhung des Weinzolles und haben deshalb in diesem Sinne petitionirt. Der Weinzoll ist aber in erster Linie ein Finanzzoll. Der vorgeschlagene Satz wird nun zu einer Verminderung keineswegs führen. In den 60er Jahren fand trotz ansehnlicher Herabsetzung des Zolls ein Rückgang im Ertrage desselben statt und in neuerer Zeit liefert er nur in Folge der Veränderung des Zollgebietes und des leichteren Bezuges ausländischer Weine mittelst der verbesserten Transportmittel einen höheren Ertrag. Der Zoll wird nicht sehr protectionistisch wirken, weil die deutschen Sorten ihrer Qualität halber mit den französischen nicht concurriren können. Endlich ist der Weinzoll auch ein wirksames Mittel gegen den ausländischen Kunstwein, den wir mit dem Nahrungsmittelgesetz nicht bekämpfen können.

Abg. Dr. Delbrück: Es ist eine äußerst unpopuläre Aufgabe, gegen die Erhöhung der Weinzölle zu sprechen. Wenn wir durch eine große Zahl von Zöllen die Lebens- und Genußmittel der minder wohlhabenden Klassen verteuern, dürfen wir auch die Genußmittel der besser situierten Bevölkerung nicht auslassen. Aber die von den Regierungen vorgeschlagenen Sätze werden den Hauptzweck, den finanziellen, bei Weitem nicht erreichen. Die Erhöhung des Zolls für Wein in Fässern um 50 Proc. kann eine Mehreinnahme nicht bringen, sobald der Consum sich um $\frac{1}{4}$ vermindert. In den Jahren 1872–1877 wurden in Elsaß-Lothringen verzollt 321,612 Ctr. Wein. Wäre dort der Weinverbrauch nicht größer gewesen als in den übrigen Theilen Deutschlands, so würden nur 33,814 Centner verzollt worden sein. Sehr wahrscheinlich wird nun dort in Folge der Zoll-Erhöhung um 50 Procent der Weinverbrauch auf das Niveau im übrigen Deutschland herabsinken, d. h. um 287,798 Ctr., um mehr als 23 Procent der gesamten Eingangsvorräthe in Deutschland, welche 1,240,236 Ctr. beträgt, sich vermindern. Würde außerdem auch im übrigen Deutschland in Folge der Zollerhöhung eine Verminderung des Verbrauchs eintreten, so würde der Zollertrag in Folge der Erhöhung nur um 1,403,000 M., also um ca. 40 Procent steigen, während die Zollerhöhung 50 Procent beträgt. Das ist um so mehr anzunehmen, als sich erst in Folge der eingetretenen Zollermäßigung der französische Wein, namentlich in seinen besseren Sorten, im westlichen und südlichen Deutschland nach und nach einführt. Wenn der Verbrauch nur um 10 Procent zurückgeht, ist der ganze Effect der Zollerhöhung um 50 Proc. illusorisch, wir würden nicht die geringsten Mehreinnahmen haben gegen jetzt und zugleich würden die Consumtionsverhältnisse von Elsaß-Lothringen empfindlich geschädigt. Die Ausdehnung des inländischen Weinbaues, die man vermuthlich erwartet, ist von ganz anderen Factoren abhängig als von den Eingangszöllen, das haben wir zur Genüge in der langen Reihe von Jahren erlebt, wo die Eingangszölle herabgesetzt wurden, vom 1. Juni 1865 bis zum 1. Juni 1868 gehabt und da Elsaß-Lothringen ganz abgerechnet, 17 $\frac{1}{10}$ Pf. jetzt ist er, das läßt mich gleichfalls annehmen, daß das von mir bezeichnete ungünstige finanzielle Resultat eintreten wird. Bringt uns aber der jetzt vorliegende Fehler, indem er für den Consumanten die Waare um 50 Procent verteuert, ohne der Reichskasse eine entsprechende Mehreinnahme zu bringen. Auch für die Unterscheidung zwischen Wein in Fässern und in Flaschen sind die früheren Erfahrungen von großer Wichtigkeit. Bis zum Jahre 1874 war der Wein in Fässern und Flaschen gleichmäßig mit einem Zoll von 24 Mark belastet, im Jahre 1874 wurde der Zoll auf 16 Mark ermäßigt. Die Folge davon war, daß in den ersten 4 Jahren die Verzollung von Wein in Flaschen recht ansehnlich war, daß sie aber später zurückging. Ich glaube, wir werden bei dem gleichen Experiment gleiche Erfahrungen machen, es werden in Zukunft wie damals von dem jetzt in Flaschen eingehenden Wein alle die Sorten verschwinden, welche in Fässern bezogen werden können. In Flaschen werden nur eingehen die Schaumweine und einige ganz besonders feine französische Bordeaux- und Weisweine. Diese Weine würden ja ohne Zweifel einen recht hohen Zoll tragen können; aber der Schaumwein hat im Inlande eine sehr respectable Concurrenz. Die deutsche Schaumweinfabrikation hat sich sehr intensiv und intensiv ungemein gehoben. Es wird jetzt allerdings überwiegend exportirt, sobald indessen der französische Wein theurer wird, wird sich der Geschmack des Publicums dem deutschen Schaumwein zuwenden. Es wäre das allerdings sehr wünschenswerth für die Finanzen. Ich kann also aus dem sofortigen Wegfall einer Menge von Flaschenweinen, die künftig in Fässern eingehen werden, und aus der unabweisbar eintretenden Verminderung des Genußes des ausländischen Schaumweines zu Gunsten des inländischen folgern, daß die starke Einfuhr des Weines in Flaschen den erwarteten finanziellen Effect nicht haben wird.

Abg. F. Jinn: Der Champagner wird durch den vorgeschlagenen Zoll nur um 50 Pf. pro Flasche verteuert, das wird den Consum nicht vermindern. Wenn die Angaben des Abgeordneten Winterer über den zunehmenden Branntweingenuß in Folge des hohen Weinzolles nicht auf besseren tatsächlichen Grundlagen beruhen, wie seine neulichen Angaben über die Zunahme der Syphilis und Geisteskrankheit in Elsaß-Lothringen, so sind sie ganz ohne Wert. Auf den Weingenuß des kleinen Mannes kann die vorgeschlagene Erhöhung keinen Einfluß üben, da schon bei dem jetzigen Zoll der Import der geringen Sorten ausgeschlossen ist. Der Zoll wird aber auf unsere in drückender Nothlage befindliche Weinproduction sehr nachtheilig wirken. Zur Hebung derselben gehört freilich auch, daß die künstliche Weinfabrication höher besteuert oder besser ganz verboten wird.

Abg. Richter (Hagen): Gewiß wird darum nicht weniger Champagner getrunken werden, weil der ausländische um 50 Pf. pro Flasche theurer wird, aber man wird mehr inländischen trinken. Nicht umsonst haben die inländischen Weinfabrikanten diesen Zoll verlangt. Sie, die schon jetzt $\frac{1}{2}$ ihres Productes in das Ausland zu verkaufen und vollständig concurrenzfähig zu sein behaupten, erlangen jetzt einen weiteren Vorsprung von 50 Pf. pro Flasche, ohne daß sie eine Steuer zu entrichten haben, während der französische Champagner, der eine Steuer tragen muß, eine gleiche Besteuerung des inländischen und ausländischen Fabrikats sehr wohl verträgt. Leider hat die Regierung ihre vorbereitenden Untersuchungen aus dem Herbst v. J. fallen gelassen. Eine höhere Besteuerung lebendig des ausländischen Champagners wird also nur eine Verminderung der Einnahmen zu Gunsten weißer inländischer Schaumweinfabrikanten zur Folge haben, die in ihrer Petition sagten, man schäde bei uns den französischen Champagner nur deshalb höher als den eigenen, weil Deutschland seit dem dreißigjährigen Kriege seinen Nationalstolz verloren habe. Man sagt, die

Wirklungen der neuen Steuerfäße seien schwer zu taxiren; aber beim Wein haben wir die Probe, die über das Einbüßen geht, bereits gemacht, die bisherigen Einnahmen müssen sich vermindern und zugleich wird in den Theilen Deutschlands, in denen bisher der Weingenuß herrschte, im Südwesten und in den Reichslanden, der Branntweingenuß gefördert.

In Norddeutschland wird das nicht der Fall sein, da hier Wein und Branntwein sich keine Concurrenz machen und dem letzteren Bier und Kaffee gegenüber steht. Hochfeine Bordeaux werden auch in Zukunft unermindert eingeführt werden, aber die Einfuhr der kleinen Weine, die schon jetzt um 80 bis 90 Procent ihres Werthes am Ursprungsort durch den Zoll verteuert werden, wird aufhören müssen, und zwar zum Theil aus Ungunsten der inländischen Weincultur. Das Machtgebiet der Pfälzer Weine beruht darauf, daß ausländischer Wein zu ihrem Verschnitt verwendet wird. Dagegen wird durch die Zollerhöhung eine Prämie auf die Nachahmung ausländischer, namentlich rother Weine gesetzt. Der Vorredner will die Weinfabrication besteuern; wie soll man das machen? Wo fängt überhaupt die berechnete und unberechnete Weinfabrication an? Ist die Verbesserung der Sauerlinge auch Fabrication? In der Commission haben die Herren Commisariats die erhöhten Weinzölle, die weder finanziell noch vom Standpunkte des Schutzes aus zu rechtfertigen sind, wesentlich als Retorsions- und Kampfzölle dargestellt; ein besonderes Bedürfnis, den Vorrath an politischen Waffen durch erhöhte Weinzölle noch zu vermehren, kann wirklich nicht maßgebend sein, nachdem wir uns nach allen Seiten bereits mit einer chinesischen Mauer umgeben haben.

Abg. Richter fragt, ob der Bundesrath schon über die Petitionen der Weingroßhändler um Gewährung von Zollrabatt Beschluß gefaßt habe, der sich auch im finanziellen Interesse empfiehlt.

Geb. Rath Mayr: Der Bundesrath hat in dieser Frage noch keinen Beschluß gefaßt. Der Ertrag des Weinzolles hat in den Jahren 1865 bis 68 gegenüber dem der Vorjahre keinesfalls eine Erhöhung erfahren. Die spätere Erhöhung wurde durch die Anmerkung Elsaß-Lothringens und den Beitritt Mecklenburgs zum Zollgebiet verursacht. Von einer Besteuerung der inländischen Schaumweinproduction hat die Regierung nach reiflicher Erwägung vorläufig Abstand genommen, weil man nur die Champagnerfabrication nach französischer Methode leicht unter Zollkontrolle stellen könnte, nicht so leicht aber diejenige Fabrication, welche dem mit Spirit verfeinigten Wein einfach Kohlenäure zuführt, also in jeder Fabrik von tobsuchtem Wasser betriebenen kann; weil ferner der Absatz der Champagnerfabriken im Inlande sehr gering und in stetigem Sinken begriffen ist. Es wird daher das finanzielle Ergebnis des Weinzolles abzuwarten sein.

Abg. Windthorst empfiehlt die Petitionen der Weingroßhändler der Regierung zur eingehenden Erwägung, weil die Lage dieser Händler durch den höheren Weinzoll schon jetzt eine sehr schwierige werde.

Abg. v. Kardorff meint, daß diese Petitionen keine Aussicht auf Erfolg hätten, da die Weingroßhändler von der Zollerhöhung schon Vortheil genug hätten und da ihnen die früher genossene Vergünstigung wegen vorgekommener Mißbräuche entzogen worden sei.

Abg. Schröder (Friedberg): Elsaß-Lothringen kann sich gegenüber anderen Landestheilen nicht über Vertreibung des Weins beklagen, da es den Wein für den Bedarf auch der kleinen Leute selbst reichlich producirt. Da der Zoll auf den Preis der besseren Sorten nicht von großem Einfluß ist, so wird deren Import nicht leicht abnehmen. Ein hoher Zoll ist hier aber um so mehr geboten, als die feineren Weine nur von den Wohlhabenden getrunken werden.

Referent Graf Stolberg (Rastenburg): Die Commission meinte, daß der Ertrag des Weinzolles zwar zunächst etwas abnehmen, später aber wieder zu der erwünschten Höhe steigen wird. Für die Interessen Elsaß-Lothringens haben wir genug mit der Gewährung der Garnzölle gethan.

Die Zölle auf Wein werden genehmigt.
Bei Pos. f.: Butter, auch künstliche, 20 M., protestirt Richter gegen die Besteuerung der Kunstbutter, welche auch nach dem Urtheil des Reichsgesundheitsamts ein dem Bedürfnis der ärmeren Volksklassen nach fettreicher Nahrung entsprechende sehr nützliches Product sei, und unserer einheimischen Butterproduction, die auf den Export angewiesen sei, keine Concurrenz mache.

Das Haus genehmigt jedoch diesen Zoll, desgleichen die Anmerkung zu f., nach welcher einzelne Stücke von höchstens 2 Mgr. (nach der Regierungsvorlage nur 3 Pfund), welche nicht mit der Post eingehen, für Bewohner der Grenzbezirke tollfrei sind.

Pos. g. enthält 1. Fleisch aller Art, todt, Geflügel und Wild, Fleisch-extract und Tafelbouillon 12 M.; 2. Fische, nicht anderweit genannt, 3 M. Der Referent constatirt, daß hier unter zubereiteten nicht frische Fische zu verstehen sind.

Abg. Richter (Hagen): Gegen diese Zölle spricht alles Dasjenige, was ich gegen die Schmalzölle angeführt habe. Ich nehme hierauf Bezug, da ich eine andere Abstimmung nicht erwarte.

Referent Graf Stolberg: Nach diesem Vorgange beschränke ich mich darauf, mich auf die Rede zu beziehen, die ich neulich gegen den Abg. Richter auf die von ihm erwähnte Rede gehalten habe. (Heiterkeit.)
Pos. g. wird genehmigt, desgleichen ohne erhebliche Discussion die Pos. h. Süßfrüchte, nämlich: 1. frische Apfelsinen, Citronen, Limonen, Pomeranzen, Granaten und dergl. 12 M. (bei Auszahlung auf Verlangen des Zollpflichtigen 10 M. 2 M.); 2. Feigen, Korinthen, Rosinen 24 M. (nach der Regierungsvorlage 30 M.); 3. getrocknete Datteln, Mandeln, Pomeranzen u. dergl. 30 M.

Nach Pos. i. sollen Gewürze aller Art, nicht besonders genannt, per 100 Kg. 50 M. zahlen. Nach einer von der Commission vorgeschlagenen Anmerkung sind Gewürze zur Darstellung kaiserlicher Dele auf Erlaubniß schon unter Controle frei.

Abg. Richter (Hagen): Durch die Erhöhung der Gewürzölle wird nur die Verwendung von Surrogaten und die Fälschung gefördert, die man gleichseitig durch Polizeigesetze bekämpfen will.

Position i. wird nach dem Commissionsvorschlage genehmigt, desgleichen Pos. k. gesalzene Heringe 1 Zsk 3 M., in nicht handelsüblicher Verpackung 100 Kg. 2 M., zu Dünger bestimmte, nach vorgängiger Denaturirung frei.

Den in Pos. b. auf Honig vorgeschlagene Zoll von 3 M. pro 100 Kg. bekämpft Abg. Richter im Interesse der Honigkuchendruckerei, die namentlich in Thurn auf den amerikanischen Honig angewiesen sei. Diefelbe brauche jährlich 4500 Centner, die Provinzen Preußen, Pommern und Posen könnten aber bei guter Ernte nur 2000, bei schlechter sogar nur 900 Ctr. liefern. Die einheimische Bienenzucht bedürfte keines Schutzes, da sie den reichlichen Absatz ihrer Producte finde. Ein finanzielles Interesse liege für diesen Zoll auch nicht vor; derselbe verteuere daher unnöthigerweise das einer großen Industrie notwendige Rohmaterial.

Bei der Abstimmung wird der Honigzoll genehmigt.
In Position m. schlägt die Commission für rohen Kaffee pro 100 Kg. 40 M., Regierungsvorlage 42 M., für gerösteten Kaffee 50 M. vor.

Abg. v. Benda: Der Kaffee ist das allein wirksame Mittel gegen die übermäßige Verbreitung des Branntweingenußes. Unsere Militär- und Marineverwaltung hat ihn deshalb als ein gefundenes Getränk an die Stelle des früher verabreichten Branntweins gesetzt. Ich habe der Commission eine Resolution vorgeschlagen, die daselbst die sympathischste Aufnahme fand, die ich aber jetzt mit Rücksicht auf die Geschäftslage nicht einbringen will. Diefelbe beabsichtigte den Reichsfiskus zu ersuchen, auf eine Vorlage, betreffend entsprechende Erhöhung der Branntweinsteuer, Bedacht zu nehmen, damit der Kaffeezoll wieder herabgesetzt werden könne. Ich bitte die Regierungsvorrede, diesen Gedanken ernsthaft zu erwägen.

Abg. Richter (Hagen) befürwortet von der Erhöhung des Kaffeezolls eine Verminderung der Reichs-Einnahmen und eine Vermehrung des Branntweingenußes, den man mit polizeilichen Maßnahmen gegen die Schankwirthe nicht abstellen könne.

Geb. Rath Mayr bestreitet, daß eine Verminderung der Reichs-Einnahmen eintreten werde, zumal der Zoll nicht erheblich erhöht sei und den anderen Länder noch nicht erreiche. Das eigentliche Concurrenzgetränk des Branntweins sei nicht der Kaffee, sondern das alkoholhaltige Bier.

Abg. Richter (Hagen): Wenn man die höheren Kaffeezölle anderer Staaten einführt, dann sollte man doch auch nicht vergessen, daß diese Staaten einen viel geringeren Verbrauch an Kaffee haben. Außerdem wächst die Gefahr des Schmuggels mit der Höhe des Zolles, besonders was die holländische Grenze angeht, da in Holland gar kein Kaffeezoll besteht. Uebrigens hat England wieder eine Zuder-, noch eine Salzsteuer, noch einen Kaffeezoll.

Der Zoll von 40 M. für rohen Kaffee wird darauf mit 174 gegen 97 Stimmen angenommen. Von den Nationalliberalen stimmen für denselben: Bauer, Boretius, Kästel, Gneist, Klein, Kreuz, v. Ohlen, v. Puttkamer (Straßburg), Kienich, Römer (Wittenberg), v. Schaaf, Serbaes, Stegemann, v. Treitschke, Böll, Wehrenpennig. Gegen den Kaffeezoll stimmen Löwe (Böhm), v. Bodum-Dollfus, von den Conservativen v. Behr-Schmolow und vom Centrum Stögel, Westermayer, Lieber, Bönnighausen und v. Hagenbrühl.

Ohne Debatte genehmigt das Haus die Zölle für Cacao in Bohnen 35 M., Cacaoshalen 12 M., Caviar und Caviar-Surrogate 100 M., Käse 20 M., Confitüren und Zudernwert 60 M., getrocknetes, gebadenes u. Obst, Gemüse, Schalen von Süßfrüchten, Cichorien 4 M., Kraftmehl, Puder, Stärke, Mehl, Sago u. 6 M., Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten 2 M., Aulern, Hummern, Muscheln u. 24 M.

Den Zoll auf Reis von 4 M. (bisher 3 M.) bezeichnet Referent Graf von Ballestrem als eine Consequenz des Getreidezolles.

Abg. Karsten erklart in dieser Zollerhöhung die Vertheuerung eines nothwendigen Lebensmittels, an dessen Zollbefreiung man eher denken müsse. Geb. Rath Mayr führt an, daß 1869 im Zollparlament ausdrücklich ausgesprochen sei, daß die Herabsetzung des Weinzolles gegen das Interesse der Landwirtschaft verstoße.

Abg. Richter (Hagen): Die von mir neulich citirte Rede des Abg. Friedenthal richtete sich hauptsächlich gegen den Weiszoll, an dessen Aufhebung kein Interesse der Landwirtschaft geknüpft sei. Es ist bezeichnend für die heutige Situation, daß man sich auf die Rede des verstorbenen v. Wedemeyer, des Stifter der agrarischen Partei, beruft, und nicht auf die Rede des gegenwärtigen landwirthschaftlichen Ministers Friedenthal.

Geb. Rath Mayr: Die von mir citirte Rede hat kein Verstorbenen gehalten, sondern der damalige Zollparlamentar-Abgeordnete, bairische Staatsrath v. Seidner.

Nach einer Anmerkung soll Reis zur Stärkfabrikation unter Controle mit 1,20 M. verzollt werden, während er früher zu diesem Zwecke frei war. Abg. Sonnemann beantragt diese Zollherabsetzung auch für andere technische Zwecke eintreten zu lassen, namentlich für die Brauerei als Surrogat für Getreide.

Geb. Rath Mayr spricht sich dagegen aus, weil man die Consequenz einer solchen Maßregel nicht übersehen könne.

Referent Graf Ballestrem: Wenn man alle Brotfrüchte mit einem Zoll belegt, muß man auch den Weiszoll erhöhen. Die Majorität der Commission glaubte, dem sogenannten armen Manne (Heiterkeit) besser zu Hülfe zu kommen, indem man seine Erwerbsfähigkeit durch Schutzölle stärke, als indem man den Weiszoll ermäßigte.

Das Haus tritt unter Ablehnung des Antrages Sonnemann dem Commissionsvorschlage bei.

Der Zoll auf Salz, bisher 12 M., soll für feinstes eingekochtes bestehen bleiben, für das Uebrige auf 12,80 M. erhöht werden.

Abg. Richter (Hagen): Es ist schlimm genug, daß man in dem Augenblick, wo man 120 Millionen Steuern auflegt, nicht die von allen Seiten bis vor Kurzem als verwerflich bezeichnete Salzsteuer aufhebt, aber man sollte wenigstens die Lage nicht noch verschlimmern, indem man hier zum ersten Male einen Schutz Zoll auf Salz einführt an einer Stelle der Grenze, der einzigen Salzwerke im Westen und Süden ein tatsächliches Monopol giebt, die unter sich und mit den französischen, mit denen sie sich in das Abgabengebiet theilen, eine Coalition bilden. Bei keinem Artikel ist es aber verkehrter, die internationalen Beziehungen zu treuen, als beim Salz, weil bei ihm die Transportkosten im Verhältnis zum Werth eine so große Rolle spielen. Die Rückwirkung erstreckt sich nicht nur auf das Speisefalz, sondern auch auf die Verwendung des Salzes zur Düngung und Viehfütterung. Andererseits Anträge auf besondere Behandlung gewisser Districte sind abgelehnt worden; hier wird für Salz die differentielle Behandlung eingeführt, die man dem armen, durch den Salz Zoll gedrückten Mehl in Bezug auf das Eisen nicht hat gewähren wollen. Damit wird nicht nur das Prinzip verletzt, sondern auch eine große Gefahr herbeigeführt, — ich scheue mich nicht es auszusprechen: eine Umgehung des französischen Friedensvertrages. Wir haben die Meistbegünstigungsklausel in dem Friedensvertrage, und wenn man jetzt sagt: ich besteuere das Salz bloß deshalb theurer, weil es nicht zu Wasser, sondern zu Lande eingeht, so mag das formell noch mit dem Vertrage in Einklang sein, materiell nicht. Es ist bedenklich, in dieser Weise gerade gegen Frankreich vorzugehen, das, wie mir scheint, auf jede Weise davon loszukommen sucht und sehr wohl zu uns sagen kann: ja, was feinstes eingeht, dem lasse ich niedrige Zölle, aber was landwärts eingeht, belege ich mit höherem Zoll. Wir könnten uns dann über diese Unternehmung nicht beklagen.

Geb. Rath v. Moser: Es handelt sich nur um die Ausgleichung der Noththeile der deutschen Salzproduction gegenüber der französischen. Eine Verletzung des Friedensvertrages haben die verbündeten Regierungen darin nicht erkennen können, denn diese Bestimmung kann nicht allein auf Frankreich bezogen werden, sondern gilt auch für die Einfuhr aus der Schweiz, aus Oesterreich, Belgien, Rußland und den Niederlanden.

Die Abg. Buhl und Lasker erklaren in dieser differentiellen Behandlung mindestens eine gewagte Interpretation des Friedensvertrages und Abg. Richter (Hagen) glaubt, daß Frankreich dadurch ein Recht erhalte, die deutsche Einfuhr von der Seegrenze verschieden von dem Landimport zu behandeln.

Das Haus genehmigt den Commissionsvorschlag.
Der Theezoll soll von 48 auf 100 M. erhöht werden.

Die Abgg. Karsten, ten Doornkaat-Roolman, Richter (Hagen) und Weseler wünschen eine Ermäßigung desselben auf 66 M., denn die Höhe des Zolles werde den Schmuggel befördern und den Bewohnern der Nordseeküste, Ostfriesland, Schleswig-Holstein ein nothwendiges Genußmittel verteuern. In diesen Gegenden sei man wegen des mangelhaften Trinkwassers und des rauhen Klimas auf den Theegebrauch angewiesen, so daß zum Beispiel ein Drittel des ganzen Imports in Ostfriesland verbraucht werde.

Geb. Rath Mayr steht in dem Thee nur einen Luxusartikel und Abg. v. Kardorff hält die Erhöhung des Theezolles als Compensation gegen den Kaffeezoll für nothwendig.

Das Haus genehmigt auch hier den Commissionsvorschlag.
Die Zollsätze für Syrup und Zuder bleiben unverändert, weil sie auf dem Zudersteuergesetz von 1869 beruhen, die Zollsätze für Tabak werden in einem besonderen Gesetz festgestellt werden.

Das bisher tollfreie Petroleum soll mit 6 M. pro 100 Kgr. belegt werden.

Referent Graf Ballestrem: In der Commission waren fast alle Mitglieder einig, daß Petroleum ein geeigneter Gegenstand der Zollbelastung sei, wenn auch einige sich aus politischen Gründen gegen diesen Zoll erklärten. (Widerstand links.) Man machte gegen denselben geltend, daß Petroleum ein Beleuchtungsmaterial für die ärmeren Klassen sei, allein wenn man einen großen Steuerertrag erzielen will, muß man eben Gegenstände nehmen, die von einer möglichst großen Anzahl, und das sind eben die minder bemittelten Klassen, verbraucht werden. Uebrigens würde sich nach einer Sachverständigenberechnung eine Petroleumlampe bei diesem Steuerfäße nur um 30 Pfennige pro Jahr verteuern. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Lasker: Ich werde mich bei diesem hauptsächlichsten Finanzzoll der Vermischung aller politischen Betrachtungen enthalten, bin aber ermächtigt, im Namen mehrerer politischen Freunde zu erklären, daß wir, abgesehen von allen politischen Rücksichten, das Petroleum für keinen geeigneten Steuerartikel halten. Wenn wir uns in einer bedrängten Finanzlage befänden,

wie Oesterreich und Rußland oder Frankreich nach dem Kriege, würden wir allerdings nach allen jollfreien Gegenständen zur Besteuerung greifen. Das Petroleum brauchen Sie aber nicht zur Deckung des Deficits — denn dafür ist anderweitig gesorgt — sondern um die halbe Grundsteuer zu ermäßigen, d. h. damit die steuerkräftigsten Einwohner des Staates von ihrer Steuer befreit werden, ziehen Sie das Petroleum zur Besteuerung heran und belasten damit die ärmsten Klassen. Denn von den oberen Klassen wird nicht so viel Petroleum verbraucht, daß dieser Zoll einen bedeutenden Ertrag abwerfen würde. Ich bin persönlich Zeuge davon gewesen, daß Hausindustriellen, die sonst nur beim Tageslicht betrieben wurden, weil die Beschaffung von Beleuchtungsmaterial nicht lohnte, mit der Einführung des Petroleums auch in den Abendstunden betrieben wurden, und auch der Graf, den man vor zehn Jahren als Beweis dafür angab, daß auch die Reichen große Mengen von Petroleum verbrauchen, vermerkte die 14,000 Pfund nicht in seinem Haushalt, sondern in seinen Fabrikablässements. An der Einfuhrstelle beträgt der Preis des Petroleums pro Centner 7,50 M., so daß der Zoll denselben mit 40 Prozent ad valorem trifft. Ist das zu verwundern, wo es sich um ein Bedürfnis der untersten Klassen der Bevölkerung handelt? In Berlin kostet das Liter augenblicklich 20 Pf., der Zoll würde den Preis um 8 Pf. erhöhen. Wer ist denn der große Finanzkünstler gewesen, der für die Lampe nur eine Verbesserung von 30 Pf. jährlich herausgerechnet hat? Er sollte dann auch die Rechnung aufmachen, wie mit diesen 30 Pf. die 15—25 Mill. aufgebracht werden, die man von diesem Zoll erwartet. Es müßten dann in Deutschland fortwährend 50 Millionen Lampen brennen, d. h. die noch nicht geborenen Kinder müßten eine Lampe für sich brennen. (Große Heiterkeit.)

Ich habe schon viele Dinge hier behaupten hören, ohne sie zu widerlegen, weil es unnütz war, und wenn Niemand im Reichstag auf derartige Eingänge, so liegt das nicht daran, daß die Personen fehlen, sondern es sind dann Schlammfische da und solche Mitglieder, die dafür sorgen, daß diese Argumente vor ermittelten Ohren vorgetragen werden. Solche Dinge, die sich bei der einfachsten Betrachtung als unrichtig herausstellen, bekommen wir in einem mündlichen Referat, und auf Grund dieses mündlichen Referats wird dann abgestimmt. (Unruhe rechts.) Wir leiten in der That die Aera ein, wo die Ergebnisse aus den Bedürfnissen der großen Masse genommen werden, um die bestehenden Klassen von einer Steuer zu befreien. Das, meine Herren, heißt Aufhebung der directen Steuern. (Sehr wahr! links.) Im vorigen Jahre sagten Sie: Wir werden selbst die Sache der arbeitenden Klassen in die Hand nehmen. (Hört! Hört!) In der nächsten Session ist Alles vergessen! (Abg. v. Kardorff: Nein!) Herr v. Kardorff hat es natürlich nicht vergessen, er hat das Unerbittbare vereinbart gemacht. Sie nehmen die Mittel zu ihrer Finanzreform von den untersten Erwerbsklassen und der agitatorische Theil ihrer Reformpolitik besteht darin, daß Sie damit die bestehenden Klassen entlasten wollen. Für den Petroleumzoll führt man die schwankenden Preise an. Fragen Sie nur die Hausfrauen und Dienstmädchen. (Heiterkeit.) Es ist manchmal sehr gut, sich von Dienstmädchen, die die Sache verstehen, belehren zu lassen. (Große Heiterkeit.) Oder gehen Sie selbst auf die Straßen Berlins, wo an den Ladentüren die Aushängeschilder den Preis des Petroleums bekannt machen. Er steigt und fällt mit dem Marktpreise. Professor Lasprez hat nachgewiesen, daß trotz aller Preisfluctuationen für Brot, Mehl und Getreide in den mahlfeuerspflichtigen Städten die Steuer immer im Zuschlag zum Preise erscheint. So wird auch beim Petroleum der Zoll von ca. 3 Pf. auf das Pfund im Einzelhandel mit 5 bis 6 Pf. erscheinen. Jeder Consumant wird sich dann die Mehrbelastung leicht herausrechnen können und es wird ihm wenig trösten, daß dadurch die bestehenden Klassen entlastet worden sind. (Zischen rechts.)

Thnen, m. H., gefällt nicht, was ich sage, mir gefällt nicht, was Sie thun. (Sehr richtig! links.) Man wird ja zu beweisen suchen, daß man diese Steuer eigentlich nur zu Gunsten des armen Mannes einührt. (Sehr gut! links.) Sie wollen ja dem armen Manne seine Mehrbelastung in erhöhtem Tagelohn wiedererstaten. Das sind doch nur Hoffnungen, die Sie nicht einlösen können. Der Grundzug der ganzen Reform hat den Beigeschmack, daß die Macht der Weisenden zum Nachtheil der mindst Tragfähigen angewendet wird. Daraus müssen Folgen entstehen, wodurch unser ganzes Staatsleben verwirrt wird. Bei diesem Artikel müssen die die Hauptlast tragen, die am wenigsten fähig dazu sind. (Zuruf: jetzt nicht fähig.) Daß Sie in Zukunft dazu fähig sein werden, selbst wenn der Tagelohn steigen sollte, was sehr problematisch ist, wäre vielleicht möglich, aber die Unzufriedenheit können Sie nicht erlösen, wenn die untrüglichen Klassen sehen, daß sie hauptsächlich die Lasten des Staates tragen und die bestehenden Klassen entlastet sind. Sie können aber Ihr Wort nicht einlösen! Wenn der Tagelohn in derselben Maße steigen würde, wie die Lasten, so bleibt denn der Schutz der nationalen Industrie und der Vortheil für die Industriellen? Keiner von Ihnen ist doch der Meinung, daß die Steuerbewilligungsmaschine nunmehr in Aufstand versetzt werde. Es sind noch viele Gegenstände vorhanden, die besser zur Besteuerung geeignet wären als Petroleum. Warum gerade diesen Artikel, der eine wahre Gabe Gottes für die großen Erwerbsklassen ist, mit einer ungeheuren 40procentigen belegen? Dafür sind mir die Gründe nicht klar geworden. Ich bitte Sie, diese Position abzulegen. (Lebhafte Beifall links. Zischen rechts.)

Abg. v. Barnbüler: Jede Steuer und namentlich jede indirecte Steuer hat ihre Haupteinnahme von der großen Masse, aber gerade das Petroleum trifft den armen Mann viel weniger als den Reichen, denn mit dem Wohlstand nimmt die Verwendung des Petroleum ganz entschieden zu. Es kommt nicht darauf an, wie viel Lampen angezündet werden, sondern darauf, wie lange Del in diesen Lampen verbrannt wird. Die von mir aufgestellte Behauptung beruht darauf, daß ich bei einer großen Anzahl von Kräften auf dem Lande in ihren Büchern nachgesehen habe, wie viel Petroleum mir bekannte Familien, die nicht zu den ärmsten gehören, im Laufe des Jahres von ihnen beziehen und da stellte sich heraus, daß auf diejenigen, die am wenigsten verbraucht haben, 9 Pf. und auf die Vermögenden 12 Pfund kamen. Nimmt man davon die Mitte, so kommt man auf die Rechnung von ca. 30 Pf. Wenn der Abg. Laszter das Land bereisen wollte, so würde er finden, daß im Sommer auf dem Lande überhaupt eine Petroleumlampe nicht angezündet wird, sondern der Bauer geht ins Bett, wenn es dunkel ist. Daher der geringe Verbrauch, der dem Abg. Laszter, der bis in die Nacht hinein arbeitet, unbegreiflich ist.

Abg. Richter (Hagen): Das Zollparlament lehnte 1868 und 1869 den Petroleumzoll ab, obwohl auch damals derselbe unter dem Vorzeichen schlechter Finanzlage und vorhandenen Deficits verlangt wurde. Man lehnte den Zoll ab, obwohl er verlangt wurde nicht neben anderen neuen Zöllen auf unentbehrliche Nahrungsmittel, sondern angeblich um den Einzelstaaten die Mittel zu geben, solche noch bestehenden Steuern abzuschaffen. Damals wurde auch nur die Hälfte des heutigen Petroleumzolles verlangt. Der jetzt verlangte Zoll erhöht sich durch das Gewicht des Fasses, durch die Leckage von 6 auf 8 Mt. und mindestens 8 Pf. pro Liter, das in eine Verbesserung um mehr als 30 Prozent. Nicht der Amerikaner und nicht der Zwischenhändler trägt den Zoll, sondern nur der Consumant. Der Petroleumpreis setzt sich zur Hälfte aus den Transportkosten von Amerika und zur anderen aus dem amerikanischen Preis zusammen. Die Transportkosten lassen sich nicht vermindern und der Amerikaner wird, weil wir 8 Mt. Zoll auflegen, das Petroleum nicht zu 3 statt zu 11 Mt. verkaufen; was wir ihm nicht abnehmen, verkauft er der übrigen Welt. Der Zwischenhändler aber kann den Zoll nicht tragen, weil er am Petroleum nur das Allernothwendigste verdient. Petroleum ist ein Zugartikel, der die Kundschaft lockt; hier kann er ohnehin nicht aufschlagen wie bei Gewürzen und Streichbörsen. Der Zwischenhändler verdient oft nur das, daß, nicht über 4 Pf. pro Liter Brutto, wovon er noch Leckage u. s. w. tragen muß. Auch Veränderungen im Preise fallen sofort auf die Detailpreise, zumal sich Petroleum nicht wie andere Artikel lagern läßt. Bei den Schwankungen des Petroleums berücksichtigt man nicht, daß es im Sommer naturgemäß billiger sein muß. Der Consumant wird also stets den Zoll ganz und voll zu tragen haben. Schwankungen im Preise, welche nur Wochen andauern, ändern allerdings nicht den Consum, aber eine dauernde Verbesserung durch den Zoll schränkt ihn allerdings ein. Gewiß können indirecte Steuern nur etwas einbringen, wenn sie auf die Verbrauchsartikel der Massen gelegt werden, aber dem Petroleumzoll kann man nicht nachsagen, daß man ihn freiwillig bezahle.

Wer keine Tabakssteuer bezahlen will, kann allerdings seine Pfeife ausgeben lassen, aber man kann seine Lampe nicht ausgeben lassen. Schon im Zollparlament 1868 behauptete ein Freund des Zolles, der Consum pro Familie an Petroleum betrage nur 10 Pf.; das war schon damals falsch und seitdem hat sich der Verbrauch vervielfacht. Deutschland zählt 8 Millionen Familien, wir brauchen aber nicht 800,000 Ctr., sondern 6 Mill. Ctr. Petroleum jährlich. Wenn jede Lampe nur 30 Pf. Zoll brächte, könnte die von der Regierung erwartete Einnahme von 15 Millionen Mark nur entstehen, wenn die Herr Laszter richtig berechnet, 45 Mill. Lampen in Deutschland brennen, also jede Familie durchschnittlich 6 Lampen brennt. Dr. von Barnbüler mag seine Wunderlampe, die bei 1/2 Liter 9 Winterstage brennen müßte, doch auf den Tisch des Hauses setzen! Wohl verbrauchen die Wohlhabenden mehr Petroleum, aber nur 2 Pct. der Bevölkerung in Preußen hat über 1000 Zhlr. Einkommen. Das Mehr derselben an Verbrauch drückt

den Durchschnittsconsum der kleineren Leute wenig unter 75 Pfd. jährlich herunter. Bei 8 Mill. Familien und 6 Mill. Ctr. Verbrauch kommt auf die Familie 75 Pfd. Der Petroleumzoll fällt ungleichmäßig auf das platte Land gegen die Städte. Deshalb wollte man im Zollparlament zugleich mit dem Petroleumzoll eine Gassteuer einführen. Eine Gassteuer ist verwerflich, ebenso höhere Bemessung der Gaspreise durch die städtischen Verwaltungen, aber weit verwerflicher noch ist der Petroleumzoll. Das Stadtleben des Großindustriellen erhält sein Licht durch steuerfreies Gas, die Werkstätte des Handwerkers aber soll ihr Petroleum versteuern. Der große Laden wird durch Gas beleuchtet, der kleine soll sein Petroleumlicht versteuern. Wandern Sie durch Berlin, so finden Sie in den wohlhabenderen Stadttheilen überall die Wohnräume durch Gasstrahlen erhellt; deren Licht soll frei bleiben, während man den Armeren ihre Petroleumlampe versteuert. (Hört, hört! links.)

Auf dem platten Lande noch besonders hat das billige Petroleum größerer Cultivir die Bahn gebrochen: wo vor 15 Jahren noch der Rienspan oder das Herdfeuer in Häusern der Dienstleute und Tagelöhner die Beleuchtung ausmachte, oder man an Winterabenden früher schlafen gehen mußte, da erhellt jetzt überall die Petroleumlampe die Hütten. Vertheuern Sie das Licht der Wohnräume, machen Sie das Heim weniger wohllich, so treiben Sie die Männer ins Wirthshaus. (Sehr richtig! links.) Denken Sie an die große Hausindustrie, die namentlich auch auf dem platten Lande bis Abends beim Petroleumlicht arbeitet. In Aufnahme kommt auch der kleine Petroleumofen für kleine Leute, die der Küche entbehren, nicht immer den Herd anzünden können und doch eine befriedigende Mahlzeit sich zu Hause anrichten. (Sehr richtig! links.) Man wird nun wieder ausführen, den kleinen Leuten ständen ja anderweitige Steuererlasse in Aussicht. Aber der Einfluß der Weiser wird, fürchte ich, immer nachläßt an der Grundsteuer voranstellen. Wie steht es denn überhaupt mit den Aussichten auf Steuererlässe? Der Reichsfanzler hat freilich das Blaue vom Himmel versprochen. Tags darauf nannte der Finanzminister dies Zukunftsmusik. Er ist nicht mehr; er hat sich allerdings jetzt zu seinen Vorgängern versammelt. (Große Heiterkeit.) Ich will abwarten, ob der Reichsfanzler ein Finanzgenie findet, das nach seinen Plänen aus 2 mal 2 1/2 macht. (Sehr gut! links.) Ich erinnere mich folche Reden an Fritz Reuters Schilderungen an den Kandidaten Reformverein. Ein Rittergutsbesitzer von Pomuchelskopf schilderte, wie gut es seine Tagelöhner hätten, und man brachte ihm ein Hoch aus; aber der alte Bräsig sagte: Pflaumen und Reis sind allerdings ein sehr gutes Gericht, aber wir kriegen es man nicht. (Große Heiterkeit.)

Danach sieht Alles aus. Schon zwischen der ersten und zweiten Lesung der Tarifcommission gingen von den an die Einzelstaaten zu überweisenden Summen 22 Millionen Mark verloren, soviel von den neuen Steuern ist also schon von vornherein nicht am Kriegsministerium vorbei transportirt, man hat die süddeutschen und sächsischen Minister in der Tarifcommission zum Sprechen gebracht, da hat sich herausgestellt, daß diese Herren überhaupt nicht an Steuererlässe denken, sondern alle diese neuen Steuern für notwendig halten für ihre sogenannten Deficits. Sie werden dann allerdings der Mühe überhoben sein, über Ausgabenersparnisse, Verbesserungen der Betriebs-Verwaltung nachzudenken. Wie steht es in Preußen? 6 1/2 Millionen Menschen zahlen überhaupt keine Klassensteuer, dieselben kann also auch nichts erlassen werden. Diese Millionen sitzen aber nicht im Dunkeln, sondern brennen Licht, das ihnen durch den Zoll versteuert wird; nur 18 Prozent der Bevölkerung des platten Landes bezahlt mehr als 6 M. Klassensteuer; der Petroleumzoll beträgt aber bei 75 Pfd. Verbrauch auch 6 M. Dieser Zoll ist der bähligste Fleck im neuen Tarif, aber bezeichnend für unsere ganze Politik: die Lasten des Staates sollen auf die am wenigsten kräftigen Klassen abgewälzt, die Kraft des Staates gebraucht werden, um die Interessen der Weisenden auf Kosten der weniger Weisenden zu fördern. Wir werden nicht mehr viel hier reden, aber Ihre Thaten werden dann desto wirksamer zum Lande sprechen. (Sehr richtig! links.) Aus den neuen Steuern und diesem Zoll insbesondere wird man diese Politik und die Mehrheit, welche sie vertritt, würdigen lernen; ich bedaure, daß nicht bloß diejenigen, welche den Zoll bewilligen, die Folgen davon tragen werden, sondern die gesammte wirtschaftliche und nationale Entwicklung dadurch geschädigt werden wird. (Beifall links.)

Ministerialrath Mayr: Ich muß mich ganz entschieden gegen die Methode des Abg. Laszter erklären, einen einzelnen Zoll wie den Petroleumzoll dem Erlass der Grundsteuer gegenüberzustellen. Die verbundenen Regierungen sind der Ansicht, daß die einzelnen, für die Besteuerung vorgeschlagenen Artikel von der Finanzreform untrennbar sind. Für die süddeutschen Staaten besteht die Reform nur darin, daß sie ermöglicht, daß in ihnen keine neuen directen Steuern eingeführt zu werden brauchen, welche ohne diese Reform unermesslich gewesen wären. Man spricht soviel vom Licht des armen Mannes. Sind denn die zahlreichen Steuerexemptionen, welche gegen ihn vollstreckt werden müssen, keine Belastung des armen Mannes? Wir befinden uns allerdings in einer derartig bedrängten Finanzlage, daß wir ohne eine ausgiebige Vermehrung der Einnahmen nicht weiter wirtschaften können, wollen wir nicht eine heillose Verwirrung herbeiführen. Der Petroleumzoll ist absolut unentbehrlich, wenn die Finanzreform durchgeführt werden soll. Gerade durch seine unverhältnismäßige Billigkeit ist das Petroleum gewissermaßen für eine ausgiebige Besteuerung prädestinirt. (Hört! hört! links.) Der maßgebende Gesichtspunkt für die Erhöhung des Zolles bleibt unter allen Umständen der große Umfang der Preisfluctuationen, die beim Petroleum stattfinden und deshalb kann es das nobilste Element des Zolles sehr gut vertragen. Auch die Gassteuer ist von den verbundenen Regierungen in eingehende Erwägung gezogen worden, aber sie gelangten zu der Ueberszeugung, daß das Gas zu einer allgemeinen Besteuerung nicht geeignet sei, sondern der localen Besteuerung überlassen bleiben müsse. Wer die Finanzreform will, muß auch den Petroleumzoll, der nun einmal ein wesentliches Glied der ersten ist, wollen.

Abg. v. Kardorff: Der Abg. Laszter hat mit Unrecht behauptet, daß Lasprez in seinem Buche den Einfluß der Zölle auf die Brotpreise angegeben; derselbe spricht nur von den Weizenpreisen. Die Herren, welche erklären, daß sie das ursprüngliche Programm des Reichsfanzlers, nämlich wenige ergiebige Finanzzölle, unterlassen würden, erklären jetzt bei jedem einzelnen Artikel: das ist der Last des armen Mannes, das Salz, der Thee, der Kaffee des armen Mannes, die dürfen nicht besteuert werden. Ja was bleibt denn da noch übrig? (Abg. Richter: Der Schnaps.) Der wird auch noch daran kommen. Von den Städten, die den Stadtrat einberufen haben, besteuern viele das Gas des armen Mannes, indem sie es sich über den Selbstkostenpreis bezahlen lassen. Der Abg. Richter berichtigt sich in seiner Rechnung nur die Lampen, welche gebrannt werden, nicht das zu verschiedenen gewerblichen Zwecken verbrauchte Petroleum. Was den Verbrauch des Petroleums durch die niederen und die wohlhabenderen Stände betrifft, so wird in dem wohlhabenden Dorf, in dem ich wohne, im Ganzen nicht so viel Petroleum gebraucht, wie in meinem Haushalt. Wir wollen also nicht die unteren Klassen besteuern, wir appelliren aber an Sie, die Freihändler, ob Sie den Zustand der Gewerbs- und Arbeitslosigkeit, den Sie durch Ihre Wirtschaftspolitik herbeigeführt haben (Unruhe links), fortbestehen lassen wollen. Das so lange von Ihnen behauptete Volk will von Ihnen nichts mehr wissen. (Große Unruhe links.)

Abg. Sonnemann fragt die Regierung, ob die Mineralöle, die als Schmieröle verwendet werden, auch zu den für gewerbliche Zwecke bestimmten Zollfrei eingehenden Oelen gehören werden.

Geh. Rath Mayr erklärt, daß nach seiner Meinung bei Feststellung der Bedingungen, unter welchen Mineralöle frei eingehen, der Bundesrath jedenfalls den zollfreien Eingang nur denjenigen Mineralölen ganz verweigern werde, die nur zu Beleuchtungszwecken dienen, so daß er wohl die Frage des Vorredners bejahen könne.

Abg. Schröder (Lippstadt) warnt das Haus, in der Unfreundlichkeit allzu weit zu gehen; in Preußen habe man aus Unfreundlichkeit dem Ministerium 22 Millionen Mehrausgaben bewilligt. (Links: Gott sei Dank!) Die Behauptung, daß das Petroleum durch einen Zoll von 6 M. erheblich verteuert werde, bestreitet der Redner. Die Vertheuerung um 3 Pfennige pro Pfund trete nur bei der Minimalgrenze des Preises ein. Im Durchschnitt werde sich die Erhöhung pro Pfund nicht höher als 1 1/2 Pf. stellen.

Abg. Laszter wiederholt den Bemerkungen des Regierungs-Commissars gegenüber noch einmal die Thatsache, daß der Petroleumzoll nach den Angaben des Reichsfanzlers zu einer Entlastung des Grundbesitzes benutzt werden solle, daß also die Gegenüberstellung der ärmeren und der steuerkräftigeren Klassen durchaus am Platze gewesen sei. Wollte man eine Vermehrung der indirecten Steuern, so stehe der Spiritus doch unendlich viel näher als das Petroleum, das angeblich von der Vorlesung prädestinirt sei, die Grundsteuer zu ersetzen. Nicht finanzpolitische, sondern politische Motive seien es gewesen, die allein eine Majorität für eine so verwerfliche Steuer zusammen zu bringen vermocht hätten. Den Vorwurf der Oberflächlichkeit, den der Abg. v. Kardorff ihm gemacht, dessen eigene beste Eigenschaft die Oberflächlichkeit sei, wolle er dem Urtheil des Hauses überlassen. Abg. Bebel findet es begreiflich, daß der Abg. Schröder das Bedürfnis gefühlt habe, den Einbruch der Richterliche Rede abzuschwächen, da die Wähler des Centrums es wenig verstehen würden, daß ihre Abgeordneten,

die sich bisher als die entschiedensten Feinde jeder Volksbelastung hingestellt hätten, plötzlich dem Fürsten Bismarck 130 Millionen neue Steuern bewilligen. Dieser Versuch, den sachlichen Ausführungen des Abgeordneten Richter durch ein unbedachtliches Rechenexempel entgegenzutreten, sei freilich ein sehr schwacher geblieben. Daß man Schutzzölle bewilligt habe, lasse sich rechtfertigen. Er selbst glaube, daß man in einzelnen Fällen durch Schutzzölle gute Wirkungen erzielen könne, aber in der gegenwärtigen Zeit, in welcher Alles unter dem Druck der wirtschaftlichen Nothlage leuße, Finanzzölle zu bewilligen — das sei eine Politik, die ihn an dem gefundenen Verstande derer zweifeln lasse, die dieselbe gutheißen (Heiterkeit links). Daß dieses ganze Steuersystem ausschließlich darauf hinauslaufe, die bestehenden Klassen zum Nachtheil der ärmeren zu entlasten, könne von Niemand bestritten werden. Der Reichsfanzler selbst habe erklärt, daß er Verbrauchssteuern, die nur die Wohlhabenden treffen, nicht brauchen könne, weil sie nicht einbrächten. Wenn der Abg. v. Kardorff berichtet habe, daß er selbst so viel Petroleum verbrauche, als sein ganzes Dorf, so möge dies eine Ausnahme sein, die schwerlich als allgemein gültiges Beispiel hingestellt werden könne. Herr v. Kardorff wohne eben in einer nur halb civilisirten Gegend. (Große Heiterkeit.)

Der Redner führt dann weiter aus, daß der Petroleumzoll das Petroleum nicht allein um den Betrag des Zollfusses, sondern erheblich mehr verteuern müsse, und daß diese Last gerade auf die ärmsten Klassen drücke, die mit Hilfe des Petroleumlichtes ihren Arbeitstag verlängern. Zu einer Beseitigung der wirtschaftlichen Krise werde das neue Finanzsystem wahrlich nicht dienen. Diese Krisen seien begründet in der jetzigen capitalistischen Produktionsweise. Jetzt — so schließt der Redner — greift man in der Noth nach dem Strohhalme, und hofft, daß ein allgemeines Schutzollsystem helfen werde. Nach 5 Jahren wird man sich überzeugt haben, daß auch dieses Mittel nichts nützt, und dann — kommen wir!

Die Abstimmung wird hiermit geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. v. Kardorff, er habe sich immer über die Vorliebe des Abg. Laszter für ritterliche Uebungen gefreut, heute fahre derselbe sogar Retourkutschen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schröder (Lippstadt) hofft, daß nachdem er die Abgg. Richter (Hagen) und Bebel Arm in Arm gesehen habe, noch alles gut werden könne. (Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird der Petroleumzoll mit 171 gegen 92 Stimmen angenommen.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. (Gesetz, betr. die Waarenstatistik, Tarifgesetz, Tabakssteuer.)

Berlin, 5. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath v. Küster zu Breslau den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Geheimen Kanzlei-Rath a. D. Wagner zu Berlin, bisher im Ministerium des Innern, und dem Regierungs-Secretär, Kanzlei-Rath Barni zu Posen den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Assistenten-Act 1. Klasse Dr. Varensprung im Brandenburgischen Pionnier-Bataillon Nr. 3, dem Provinzial-Steuer-Secretär a. D. Voss zu Neufahrwasser, bisher zu Danzig, und dem Fabrikbesitzer Gustav Wittenstein sen. zu Barmen den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Dirigenten der königlich preussischen und herzoglich braunschweigischen Gemeinschaftsbergwerke am Mammelsberge bei Goslar, Bergwerks-Director Wimmer, den Charakter als Berggrath verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Sanitäts-Rath Dr. med. Schruß zu Hillesheim den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath und dem praktischen Arzt Dr. med. Karl Maulhard zu Tressfurt den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Privatdocent Dr. Felix Brud bei der juristischen Facultät der Universität zu Breslau ist zum außerordentlichen Professor in derselben Facultät ernannt. Dem Landgerichts-Rath Schölber in Koblenz und dem Kreisgerichts-Rath Höber in Landeshut ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Kreisgerichts-Rath Polenz in Bunzlau ist aus dem Justizdienst geschieden. Die Rechtsanwältin und Notare Justizrath Wode in Frankfurt, Justizrath Vornmann in Laasphe, Hoffmann in Weisensee und Ravn in Tondern sind gestorben. — Bei der königlichen Bergwerksdirection zu Saarbrücken ist der Bergassessor Dr. Paul Klose zum Berginspector ernannt worden. (N.-Anz.)

— Berlin, 6. Juli. [Die Erklärungen der Regierung zu den Tarif-Beschlüssen. Weitere Arbeiten des Reichstages.] Der Bundesrath trat heute (Sonntag), Nachmittag 3 Uhr, unter Vorsitz des Fürsten Bismarck im Reichsfanzleramte zu seiner Besprechung zusammen, welche mehrere Stunden währte und die Stellungnahme der verbundenen Regierungen zu den Beschlüssen der Tarif-Commission zum Gegenstande hatte. Es liegt die Absicht vor, womöglich eine Abkürzung der Verhandlungen dadurch zu erlangen, daß dem Reichstag kein Zweifel über die Beschlüsse der Regierung bleibe, und so sind denn wohl morgen an den betreffenden Stellen der Tarifberatung die wichtigsten Erklärungen der Regierung zu erwarten. Im Großen und Ganzen ist auf Zustimmung der Regierung zu den Commissionsbeschlüssen zu rechnen. Bezüglich der letzteren über die Getreidedurchfuhr besteht eine abweichende Auffassung der Regierung, und es wird, wenn auch mit fraglichem Erfolg, die Bemühung nicht aufgegeben werden, die Commissionsbeschlüsse in dieser Richtung umzuwerfen. Der Bundesrathsausschuß für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen beantragen bei dem Bundesrathe, zu beschließen: 1) eine Reihe neuer Bestimmungen über den Transport von Sprengstoffen auf Eisenbahnen — vorbehaltlich weiterer Redaction — in den § 48 des Eisenbahnbetriebsreglements aufzunehmen und daß 2) der Reichsfanzler ersucht wird, das Reichs-Eisenbahnamt mit der dadurch bedingten Revision und Umarbeitung des gedachten § 48 und mit der Aufstellung eines den Gesamteinhalt desselben umfassenden und gleichzeitig die sonst etwa noch in Aussicht genommenen Abänderungen berücksichtigenden Entwurfs behufs der demnächstigen Beschlußfassung des Bundesrathes zu beauftragen. Die Ausschüsse haben einen Entwurf der betreffenden Bestimmungen beigelegt, der zwei Hauptpunkte berührt: I. Von der Beförderung auf Eisenbahnen sind ausgeschlossen: Nitroglycerin (Sprengöl) als solches, abtropfbare Gemische von Nitroglycerin, sowie Gemische davon mit an sich explosiven Stoffen, als nitrirter Cellulose, Pulversägen u., Dynamit (ein nicht abtropfbares Gemisch von Nitroglycerin mit pulverförmigen, an sich nicht explosiven Stoffen) in loser Masse; explosive Gemische, welche chloräure und wässrige Salze enthalten, Knallquecksilber, Knallsilber und die damit dargestellten Präparate. — II. Schieß- und Sprengpulver und Pulvermunition, Feuerwerkskörper und sprengkräftige Zündungen, Dynamitpatronen und Nitrocellulose, insbesondere Schießbaumwolle, werden auf den Eisenbahnen des deutschen Reiches unter besonderen Bedingungen und Vorsichtsmaßregeln zur Beförderung zugelassen. Es folgen dann Vorschriften darüber, bezüglich Verpackung, Beladung, Frachtbehandlung, Beförderung, Begleit-Personal, Frachtgebühr in dreizehn Säzen. Für Sendungen der Militär-Verwaltungen gelten die desfalls bestehenden besonderen Bestimmungen. — Dem Reichstage ist heute noch ein neuer Gesetzentwurf zugegangen, der die vom Bundesrathe jüngst beschlossene Steuerfreiheit für Branntwein zu gewerblichen Zwecken betrifft. Bei der einfachen Sachlage unter Uebereinstimmung auf allen Seiten des Reichstages wird sich diese Angelegenheit leicht abwickeln und die getroffenen Dispositionen über den Sessionseschluß nicht verzögern. — Ebenso ist dem Reichstage in Gemäßheit eines Beschlusses des Bundesrathes in dessen letzter Sitzung die zu Bern am 24. Juni d. J. unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Reich und der Schweiz wegen Regelung der Grenze bei Constanx nebst Anlagen und Denkschrift zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme zugegangen. Auch diese Angelegenheit wird zweifellos eine rasche Entscheidung finden.

[Dementi.] Das „W. T. B.“ verbreitet folgendes Dementi: „Jede Behauptung, daß ein hochgeachteter Staatsmann eine verlegende Aeußerung über Minister Friedenthal gethan, ist pure Erfindung und

liegt nichts vor, was einer solchen Behauptung irgend eine Unterlage oder einen Anhaltspunkt geben könnte."

[Entschädigung.] In Folge der deutschen Reclamation wegen widerrechtlicher Arretierung von drei deutschen Matrosen durch den Hafencapitän in Sulina hat die rumänische Regierung dem kaiserlichen Generalconsulate in Bukarest 3000 Francs Entschädigung für die Betroffenen eingezahlt. Der Hafencapitän wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Verhandlungen wegen Maßregeln zur Verhütung ähnlicher Uebergänge sind noch im Gange.

W. T. B. [Der Bundesrath] hielt am Donnerstag, den 3. Juli, eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsanzenrat, Staatsminister Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurde die Mittheilung gemacht von Schreiben des Präsidenten des Reichstages über die Beschlüsse des Reichstages betreffend a) den Entwurf eines Gesetzes über den Bau von Eisenbahnen von Teterchen nach Dierhosen; b) den Entwurf eines Gesetzes über die Consulargerichtsbarkeit; c) den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Reichshaushaltsetats und des Landeshaushaltsetats von Elsaß-Lothringen für 1879/80; d) die Liquidation, aus der französischen Kriegslosten-Entschädigung auf Grund des Artikels V des Gesetzes vom 8. Juli 1872 zu ersiehenden Beträge; e) die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1874; f) eine Petition des Comites zur Errichtung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald wegen Gewährung einer Beihilfe aus Reichsfonds; g) die Ueberfahrt der Einnahmen und Ausgaben des Reichs für 1877/78. Ferner kam zur Vorlage eine Nachweisung der Veränderungen in dem Bestande der vom Reich durch besondere Rechtsmittel erworbenen Grundstücke und eine Nachweisung der im Jahre 1878 bei den deutschen Münzstätten erfolgten Gold- und Silber-Ausprägungen, sowie die mit der Schweiz getroffene Vereinbarung wegen Regelung der Grenze bei Konstanz. Sodann wurde Beschluß gefaßt über das Pensionenverhältnis eines Beamten der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen. Die Gesetzentwürfe betreffend die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens und betreffend Abänderung des Reichshaushaltsetats und des Landeshaushaltsetats von Elsaß-Lothringen für 1879/80 wurden in der vom Reichstage angenommenen Fassung genehmigt. Auszugsberichte wurden erstattet über: a) die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde genehmigt; b) Eingaben, betreffend die Bildung von Besitzgenossenschaften etc. Den in denselben gestellten Anträgen soll eine Folge nicht gegeben werden. Es wurden hierauf Commissarien für die Verabreichung von Vorlagen im Reichstage ernannt und eine, die Normaltara für Feststellung des Nettogewichts beim Export von Branntwein in Fässern betreffende Eingabe dem bezüglichen Ausschuss überwiesen.

[Marine.] S. M. gedachte Corbette „Leipzig“, 12 Geschütze, Commandant Capt. zur See Paschen, ist am 27. Mai cr. von Hongkong via Singapur nach Capstadt in See gegangen. — S. M. Glattdes-Corbette „Luise“, 8 Geschütze, Commandant Corb.-Capt. Schering, ist am 26. Mai cr. von Hongkong nach Amoy in See gegangen. — S. M. Kanonenboot „Cyclop“, 4 Geschütze, Commandant Capt.-Lt. v. Schudmann I., ist am 25. Mai von Hongkong nach Swatow in See gegangen.

[Die Hebung des „Großen Kurfürst.“] Das „W. T. B.“ erfährt über die bekanntlich dem Unternehmer A. Leutner in London contractlich übertragene Hebung der bei Follstone gesunkenen Panzerregate „Großer Kurfürst“, daß eine Inaugriffnahme der eigentlichen Hebungsarbeiten auch bis jetzt noch nicht stattgefunden hat und daß überhaupt, seitdem im vergangenen Herbst drei Anker gehoben wurden, mit Ausnahme einer kleinen 8 cm Stahlkugel, keinerlei zu dem Schiffe gehörige Gegenstände geborgen sind. Diese geringen Erfolge werden dadurch erklärlich, daß der p. Leutner aufsteigend bisher nicht in der Lage gewesen ist, die erforderlichen Hilfsmittel für die Hebungsarbeiten in genügender Weise herbeizuschaffen. Dem Vernehmen nach besitzt derselbe für den beregten Zweck nur einen kleinen Dampfer von 118 Tons, welcher mit Pumpen und sonstigem Gefähr zum Auspumpen von Wasser aus gesunkenen Schiffen versehen ist, einen kleinen Schleppdampfer von 35 Tons, ein Gefäßfahrzeug mit einer Luftpumpe zum Füllen der Pontons, 4 große offene Boote und 5 Pontons. Die Tragfähigkeit dieser letzteren im gefüllten Zustande beträgt etwa 50 Tons. Man darf nach dem Gesagten wohl annehmen, daß es dem p. Leutner nicht möglich sein wird, bis zum Ablauf des Contractes — dem 1. August d. J. — irgend welche nennenswerthe Erfolge in Bezug auf die Hebung werthvoller Ausrüstungsgegenstände und noch viel weniger in Bezug auf die Hebung des Schiffskörpers zu erzielen.

EmS, 5. Juli. [Se. Majestät der Kaiser] machte gestern eine Spazierfahrt nach Nassau und besuchte am Abend die Vorstellung im Theater.

EmS, 6. Juli. [Se. Majestät der Kaiser] machte gestern wiederum eine Spazierfahrt und erschien Abends im Theater.

München, 5. Juli. [Landtag.] Der König hat den Landtag auf den 16. Juli einberufen.

Provincial-Beitrag.

H. Breslau, 7. Juli. [Wahlversammlung der Centrumpartei.] Am Sonnabend Abend fand, wie wir bereits gestern kurz mitgeteilt haben, eine große Wahlversammlung der Centrumpartei statt, die außerordentlich zahlreich besucht war, da die Anwesenden gewiss in einer Zahl von allen ihren Klammern füllten. Größtentheils und geleitet wurden die Verhandlungen wiederum von Herrn Buchhalter Kretschmer, der zunächst einleitend den Worten die Candidatur des Dr. Hager empfahl. Sodann versammelte lebhaft begrüßt, die Tribüne, um in einer mehr als fünfviertelstündigen Rede den Standpunkt des Centrums bezüglich des Culturkampfes, der deutschen Frage und der neuesten Zoll- und Steuerpolitik des Reichstages darzulegen. Wir können aus den langen, von der Versammlung natürlich vielfach mit lebhaftem, wiederholten Beifall aufgenommenen Auslassungen des Redners nur einige wenige Gedanken wiedergeben. Zunächst bemerkt er, daß die Versammlung eine so imposante sei, daß selbst einem Ultramontanen passiren könnte, die Courage zu verlieren, wenn er sich vor dieselbe hingestellt sehe, und das wolle doch viel sagen. Er bekennen könne, kennzeichnen nicht für die anwesenden Anhänger desselben, sondern für diejenigen anderer Parteien, um diesen zu zeigen, daß das Centrum eine vernünftige Politik verfolge und seine Mitglieder nicht so schlimm seien, wie man sie darstelle. Man sage, die Ultramontanen wollen ein Deutschland nach dem Herzen der Jesuiten. Das falle ihnen, mein Herr Kretschmer, gar nicht ein. Allerdings bedauere er das Gesetz, durch welches die Jesuiten aus Deutschland vertrieben wurden, aber nur, weil dadurch das einzige Grundrecht, welches uns die deutsche Verfassung gewähre, durchbrochen wurde und weil, wenn dasselbe nicht vorangegangen wäre, man später kein Socialistengesetz hätte machen können. (Lebhafter Beifall.) Redner erklärt demnach seine Ausführungen nur allein dem politischen Standpunkt aus zu machen, seine religiöse Ueberzeugung komme hierbei gar nicht in Betracht, die gebe ihm so verlange er für jeden, also auch für die Ultramontanen nicht bloß gleiche Pflichten, sondern auch gleiche Rechte. Der Culturkampf habe den Ultramontanen absolut gar nichts geschadet, sie im Gegenteil erst groß und mächtig gemacht und wenn Redner ein Freund von Denkmalern wäre, würde er ein solches vor Allem dem scheidenden Kaiser setzen, sei es selbst auf dem gegen den Culturkampf nur als Preußen, als Deutsche gestäubt. Wenn der Staat allein omnipotent sei, dann schütze kein Recht mehr, dann herrsche unserem Rechtsbewußtsein. „Wir schöpfen unser Recht allein aus der liberalen Verfassung.“ Dann habe man eben nicht weiter nothwendig, als das für recht zu halten, was die am Ruder befindliche Partei decretirt.

Redner sieht nicht in jedem Liberalen einen Menschen, der vom Teufel besessen ist, sondern giebt zu, daß wohl mancher geglaubt haben könne, die Veränderungen, welche in der katholischen Kirche vorgegangen sind, haben eine anderweitige Regulierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nothwendig gemacht. Aber, obgleich die Ultramontanen keine Revolution gemacht, obgleich der unfehlbare Papst den deutschen Kaiser noch nicht abgesetzt, seien die Ultramontanen doch gerade genug „gepfacht“, getreten, geschrien nach dem Culturkampf, dem sei es nur darum zu thun, die Gewissensfreiheit zu unterdrücken, Deutschland in zwei Lager zu spalten, Jeder, der es mit dem Vaterlande ehelich meint, muß dafür sorgen, daß der liberalen Wirklichkeit endlich ein Ende gemacht werde. Gerade seitens der „liberalen Juden“ habe man sich am meisten über den Culturkampf geäußert, denn es sei immer so, wo sich die Christen bauen, da

machen die Juden die Musik dazu. Redner will auch den Juden ihre Rechte lassen, aber das müsse er sagen, wirkliche Deutsche würden diese nie werden, sie sind und bleiben Orientalen. Denn, wenn die Strömung darnach sei, mit der Fahne vorangehen und liberal zu sein, könne jeder, aber fest stehen, auch wenn es Gefahr bringe, sei doch ein ander Kunststück. Redner freut sich, auf diese Weise auch seine 6 Monate „Abhänge“ erhalten zu haben. Diese 6 Monate seien ihm lieber als der schönste Orden. Man nennt die Ultramontanen reichsfeindlich, aber hätten sie, wie die Herren von 1848, die jetzt „das große Maul“ führen, jemals das Pflaster aufgerissen? (Lebhafter Beifall.) Die Ultramontanen, sagt man weiter, sind Föderalisten. Ja, meint Redner, sie wollen in der That eine gesunde Politik des Föderalismus; sie wollen den Bundesstaat, weil Centralisation zum Bürgerkrieg führen müsse. Bei dem Frankenstein'schen Ungeheuer handle es sich darum, den föderalistischen Charakter des Deutschen Reiches aufrecht zu erhalten und für solche Grundsätze ist Redner stets aufgetreten. (Bravo.) Redner bittet schließlich, Herrn Dr. Hager bei der Wahl die Stimme zu geben, der stets seiner Ueberzeugung treu bleiben werde. Es gehöre allerdings viel Opferwilligkeit dazu, in Breslau als Candidat der Ultramontanen aufzutreten. Dr. Hager aber sei dazu bereit, und er biete den Vortheil, daß er immer da sei, wenn man ihn einmal bei den Ohren nehmen wolle; man brauche bei ihm nicht erst nach Berlin zu reisen, um ihn, wie Herrn Leonhard, zu fragen, ob er mehr nach rechts oder nach links oder vielleicht auch gar nicht gehe. (Lebhafter Beifall.) Schließlich bemerkt Redner, daß es ihm gleichgültig sein werde, wenn etwa die liberale Presse über seine Rede schlechte Witze machen werde, seien die Witze gut, so werde er sich freuen, sie würden dann zeigen, daß die liberale Presse noch Humor besitze, von dem er glaube, daß sie ihn für die nächste Zeit sehr gut brauchen werde. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Die Versammlung bringt dem Redner ein donnerndes Hoch aus.

Nach einer kurzen Pause tritt sodann Dr. Hager die Tribüne, um als Candidat, eine Adresse an die Versammlung zu halten. Wir gehen auf dieselbe nicht näher ein, da sie wesentlich Neues nicht brachte. Redner besprach kurz in seiner nunmehr fastsam bekannten Manier die politische Situation überhaupt, sowie die Breslauer Parteiverhältnisse im besonderen und suchte nachzuweisen, daß es eigentlich hier niemandem mehr einfallen könne, einem andern als ihm seine Stimme zu geben. Das Centrum ganz allein sei jetzt eine Fraktion, die etwas durchzusetzen vermöge. — Selbstverständlich wurde auch diese Rede wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen.

Mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser wurde die Versammlung gegen 10½ Uhr geschlossen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

B. Breslau, 5. Juli. [Verkauf verdorbener Fleisches.] Mitte April d. J. kaufte eine Köchin von dem Fleischer R. in der Freiburgerstraße einen Schinkenbraten (Keule) in Schwere von 6 Pfd. Bei der Zubereitung des Fleisches fand sie im Inneren des Stückes eine Beule, welche beim Aufschneiden eine abfärbende, eitrige Flüssigkeit von sich gab. Trotzdem verweigerte die Ehefrau des Fleischermeisters die Zurücknahme des Fleisches, entgegnete vielmehr der Köchin mit einigen, nicht gerade höflichen Redensarten. — Auf Anordnung ihres Dienstherrn brachte die Köchin das Fleisch zum Meier-Polizei-Commissariat, von diesem wurde es zum Departements-Dierarzt, Herrn Dr. Ulrich, geschickt. Letzterer constatirte, daß der Braten mit eitrigen Pusteln durchsetzt und zum Genuß für Menschen untauglich sei. Auch jetzt weigerte sich der Fleischermeister, den für jenes Fleisch erhaltenen Kaufpreis zurückzahlen, ließ sich vielmehr erst im Bagatel-Proceß zur Zahlung der Summe nebst Kosten verurtheilen. Ein weiteres unangenehmes Nachspiel erhielt die Sache durch die gestern vor dem Polizeirichter des königl. Stadtgerichts stattgefundene Verhandlung, in welcher der Fleischermeister aus § 367 al. 7 des Strafgesetzes wegen Verkaufs verdorbenen Fleisches angeklagt war. Sein Einwand, er habe den betreffenden Schinken als gesund gekauft, auch beim Zerlegen in größere Stücke nichts Krankhaftes an demselben bemerkt, wurde nicht für geeignet erachtet, ihn in besonderer Berücksichtigung der später verweigerten Zurücknahme des Fleisches straflos erscheinen zu lassen. Das Urtheil lautete auf 30 Mark Geldbuße event. 6 Tage Haft.

B. [Eine Scene aus dem Stadtgericht.] Als Referent gestern früh in Gesellschaft eines Kollegen den Termins-Aushang an dem Sitzungssaal des Polizeirichters durchlas, geriethen 2 auf demselben Corridor stehende Personen mit einem Dritten in Streit. Sehr bald wurde uns klar, daß der von jenen Weibern in größlicher Weise beleidigte der Zeuge, der männliche Angreifer dagegen ein wegen groben Unfugs Angeklagter, die Frauensperson die Ehefrau des Angeklagten sei. Die Frau ging nach verschiedenen Schimpfen, in welchen sie ihr Mann gütlich unterließ, sogar dazu über, dem Zeugen mehrmals in das Gesicht zu spucken. Wir machten die Frau auf das Strafbare ihrer Handlungsweise aufmerksam. Anstatt einzuhaken, wurde das Ehepaar im Gegenteil immer heftiger, so zwar, daß die Verhandlung im Sitzungssaal gestört wurde. Der Polizeirichter, Herr Stadtgerichtsrath Adamczik, erkundigte sich nach der Ursache des Lärmens und verwies den Weibern ihr Betragen unter Androhung sofortiger Verhaftung. — Gleich darauf begann die Verhandlung gegen den Mann. Dieser, der Badertrager Glagel, war angeklagt, in der Mittagsstunde des 12. Juni d. J. den draußen stehenden Zeugen, Handschuhmachergehilfen B. in der Leinwandstraße thätlich angegriffen und geschimpft, dadurch aber einen großen Menschenauflauf veranlaßt zu haben. Das ist natürlich nach Angabe des Angeklagten völlig unwahr, weshalb er auch gegen das ihm zugewiesene Mandat Widerspruch erhoben hat. Durch den Gerichtsdienster geht inzwischen die Meldung ein, daß der Zeuge aus Neuen von der Ehefrau Glagel insultirt worden sei. Der Herr Polizei-Anwalt läßt durch einen Schutzmann die Personallisten der Frau aufnehmen, um gegen dieselbe wegen Störung im Gerichtssaal Anklage zu erheben. Zeuge B. bestätigt die Angabe des Angeklagten, daß er demselben noch 15 Mark für Kost und Schlafstelle schulde. Wegen dieser Forderung verfolgt ihn das Glagelsche Ehepaar auf Schritt und Tritt und ergeht sich sofort in Schimpfen, sobald sie ihn nur anständig werden. Am gedachten Tage hat Glagel den Zeugen angepöbeln, über die Strafe in den Hausflur geschleppt, an den Haaren gerissen und geprügelt, und sich erst entfernt, als fremde Leute dazwischen getreten sind. Der Zeuge beabsichtigt seine Anklage. Hier gilt es nur, den G. wegen des Strafenfanbals zu bestrafen. Der Herr Polizei-Anwalt bringt 1 Woche Haft in Antrag, der Herr Polizeirichter erkennt jedoch wegen des auch an der Gerichtsstelle vorgekommenen rohen Benehmens auf eine Haftstrafe von 14 Tagen.

Handbuch des deutschen Strafrechts. Mit der unlängst ausgegebenen 6. Lieferung von: Handbuch des deutschen Strafrechts. In Einzelbänden von Prof. Dr. Dohm, Staatsanw. Prof. Dr. Fuchs, Prof. Dr. A. Meyer, Justizminister Dr. Julius Glaser, Prof. Dr. Fr. von Holzendorff, Prof. Dr. Hugo Meyer, Appellationsgerichts-Rath Mebes, Gen.-Staatsanwalt Dr. von Schwarze, Prof. Dr. Ullmann, herausgegeben von Fr. von Holzendorff, Berlin, Carl Habel, C. G. Lubert'sche Verlagsbuchhandlung) ist der erste Band dieses bedeutenden Werkes vollendet. Die Namen der Mitarbeiter sowohl, wie der des Herausgebers ließen von vornherein auf ein in jeder Beziehung gediegenes Werk schließen und in der That ist denn auch wirklich Tüchtigkeit in den einzelnen Beiträgen geboten. Der erste Band umfaßt: I. Einleitung. 1) Die geschichtlichen Grundlagen des neuen deutschen Strafrechts von Glaser. 2) Die österreichische Strafrechtsordnung vom 23. Mai 1873 von Ullmann. 3) Die deutsche Strafrechtsordnung vom 1. Februar 1877 von Dohm. II. Dogmatische Darstellung. 4) Die allgemeinen Bestimmungen über die Zuständigkeit der Gerichte und die Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen. 5) Gerichtliche Entscheidungen und Prozeßrisiken von Ullmann. 6) Der Beweis im Strafproceß von Meyer. 7) Sicherungsmittel zur Erhaltung des Thatbestandes und gegen die Person des Beschuldigten. Beschlagnahmen. Durchsuchungen. Verhaftungen. Von Fr. von Holzendorff. 8) Vorführung und Vernehmung des Beschuldigten von Fr. von Holzendorff. 9) Vertheilung von Fr. von Holzendorff. 10) Das Vorverfahren von Fuchs. Von dem ursprünglichen Plan, das Werk in einem Bande herauszugeben, hat die Verlagsbuchhandlung, um ein schnelleres Erscheinen zu ermöglichen, abgesehen und wird dasselbe nunmehr in zwei Bänden herausgegeben werden. Der zweite Band, welcher im Herbst dieses Jahres ausgegeben wird (von demselben sind bereits zwei Lieferungen, enthaltend Bogen 1—11, erschienen), umfaßt die Beiträge: 1) Das Hauptverfahren in erster Instanz von Fuchs. 2) Die Hauptverhandlung vor den Schwurgerichten von Meyer. 3) Verfahren gegen Abwesende von Meyer. 4) Rechtsmittel von v. Schwarze. 5) Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens von v. Schwarze. 6) Vertheilung des Verurtheilten bei dem Verfahren von Dohm. 7) Besondere Arten des Verfahrens von Mebes. 8) Strafbefreiung und Kosten von Mebes. III. Strafrechts-Versicherung des Deutschen Reichs von v. Schwarze. — Mit dem Schlußheft des zweiten Bandes wird die Vorrede des Herrn Herausgebers und ein sorgfältig gearbeitetes Sachregister ausgegeben werden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 5. Juli. Meldung der „Polit. Corresp.“ aus Sofia von heute: Fürst Dondukoff-Korsakoff ist zum Empfang des Fürsten Alexander von Bulgarien in Borna eingetroffen. — Die bulgarische Regierung verlangt die Einreichung der aus dem Verbanne der ottomanischen Armee entlassenen zurückkehrenden Reservisten in die bulgarische Miliz, um Ausschreitungen derselben zu verhindern.

Wien, 6. Juli. Der niederösterreichische Großgrundbesitz wählte 6 liberale und 2 conservative Abgeordnete, demnach verloren die Liberalen zwei Sitze. In Tirol verloren die Liberalen den Stadtbezirk Bozen, wo ein Conservativer gewählt wurde; auch in den Landgemeinden von Kärnten haben die Liberalen einen Sitz an die Conservativen verloren.

Versailles, 5. Juli. Deputirtenkammer. Bei der Fortsetzung der Beratung des Artikels 7 des Ferry'schen Unterrichtsgesetzes trat der Deputirte Keller (Legitimist) für die Ertheilung des öffentlichen Unterrichts durch Congregationen und Jesuiten ein und verwahrte sich namentlich gegen den ihm gemachten Vorwurf, kein Franzose zu sein. Bert (Republikaner) wendete sich gegen die Ertheilung des öffentlichen Unterrichts durch Jesuiten, führte Auszüge aus verschiedenen Werken derselben an und schloß mit dem Hinweis darauf, daß es nothwendig sei, die Jugend einem solchen Unterrichte zu entziehen.

Paris, 6. Juli. Die Obequien für den Prinzen Louis Napoleon sind officiell auf den 12. Juli angesetzt worden.

Konstantinopel, 5. Juli. Der Großvezier Kheireddin Pascha hat die Votschaster der auswärtigen Mächte davon benachrichtigt, daß er mit der Ernennung von Commissaren für die griechische Grenzregulirungsfrage durchaus einverstanden sei; da aber mehrere Beamte diese Mission abgelehnt hätten, so sei dem Sultan die Frage unterbreitet worden, welcher nunmehr andere Commissäre ernennen werde. — Wie verlautet, wäre der ehemalige Sultan Murad in Folge ihm zugewandener alarmirender Nachrichten über militärische Maßnahmen auf einem nach dem Marmarameer abgehenden Schiffe entflohen. Es seien bereits mehrere Schiffe untersucht worden.

Konstantinopel, 6. Juli. Fürst Alexander von Bulgarien, welcher gestern Nachmittag um 1 Uhr hier eingetroffen war, empfing um 3 Uhr den Invesiturerath des Sultans und schiffte sich Abends um 9 Uhr nach Borna ein.

Bukarest, 5. Juli. Sitzung der Deputirtenkammer. Der Berichterstatter der Verfassungs-Revisions-Commission, Marcescu, behauptete, daß Artikel VII der Verfassung nicht aus religiöser Intoleranz, sondern als Maßregel zum Schutze der Nation in die Verfassung aufgenommen worden sei. Die Commission beauftragte, dem Artikel VII folgende Fassung zu geben: Fremde aller religiösen Bekenntnisse können das Indigenat erlangen. Gesuche um Naturalisirung sind unter Angabe der Familienverhältnisse, der Beschäftigung und Familienverhältnisse an den Fürsten zu richten. Nach 10 Jahren, von Ueberreichung des Gesuchs ab, werden die legislativen Versammlungen darüber entscheiden, ob das Indigenat zu gewähren ist. Das Indigenat muß mit einer Zweidrittel Majorität votirt werden. Von der zehnjährigen Anwesenheit im Lande befußt Erwerb des Indigenats sind befreit: Fremde, welche dem Lande hervorragende Dienste geleistet, welche eine neue Industrie eingeführt haben oder welche von rumänischen Eltern geboren worden sind, die niemals unter fremdem Schutze gestanden haben. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sind maßgebend für den Verlust des rumänischen Bürgerrechts. Ein Specialgesetz wird den Modus des Aufenthaltes der Fremden in Rumänien regeln. — Nach der Verlesung des Berichtes der Commission beantragte der Ministerpräsident Bratiano eine geheime Sitzung der Kammer, damit die Regierung ihre Ansichten bekannt gebe.

Bukarest, 5. Juli. Nach dem in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer von der Verfassungs-Revisions-Commission beantragten Entwurfe des Artikels VII soll ferner bestimmt werden, daß diejenigen Personen, welche nicht die vollen Rechte rumänischer Bürger genießen, keinen Ruralbesitz in Rumänien erlangen können, ausgenommen durch Erbschaft ab intestato. — Bevor der Ministerpräsident Bratiano verlangte, daß die Kammer zu einer geheimen Sitzung zusammentrete, hatte derselbe noch erklärt, daß die Regierung dem von der Commission vorgeschlagenen Entwurfe nicht zustimme.

Kairo, 6. Juli. Die ägyptische Armee wird, wie verlautet, auf 12,000 Mann reducirt werden.

(Aus Hirt's telegraphischem Bureau.)

Wien, 6. Juli. Aus Philippopol wird gemeldet, daß der österreichisch-ungarische Vertreter in der internationalen Commission die in Carlova von Bulgaren an Israeliten verübten Grausamkeiten zur Sprache gebracht hat. Derselbe constatirte, daß 20, früher in Carlova ansässige israelitische Familien, einer officiellen Einladung folgend, nach ihrer Heimath zurückkehrten und dort von 2000 Bulgaren umzingelt und ihrer Habe beraubt wurden. Die Bulgaren schändeten die Frauen und verwundeten die männlichen Männer, welche sich kaum durch die Flucht ihren Angreifern entziehen konnten. Drei Frauen sind ebenfalls verwundet worden. Der österreichisch-ungarische Vertreter beantragte, die Commission möge sich über geeignete Maßregeln schlüssig machen, welche einer Wiederholung derartiger Grausamkeiten vorbeugen sollen, der Agitation des russischen Vertreters gelang es jedoch, daß die Commission die Sache vorläufig auf sich beruhen ließ.

Rom, 5. Juli. Das Enlassungsgesuch des Ministeriums wird, wie bestimmt versichert wird, vom Könige angenommen werden. Als Mitglieder des neu zu bildenden Cabinets werden Sella und Nicotera bezeichnet, eine Entscheidung ist jedoch hierüber noch nicht getroffen.

Paris, 5. Juli. Aus Kiffabon hier eingetroffenen Depeschen melden den dort erfolgten Ausbruch des gelben Fiebers.

Bukarest, 5. Juli. Wie aus Tirnawa gemeldet wird, halten die Russen nur noch zwei Balkanpässe, Slivno und Karnabat besetzt.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juli 5., 6.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 14° 7	+ 10° 5	+ 9° 4
Luftdruck bei 0°	329° 19	329° 19	329° 24
Dunstdruck	3° 62	3° 56	3° 53
Dunnsättigung	52 pSt.	72 pSt.	78 pSt.
Wind	W. 2.	W. 1.	W. 1.
Wetter	wolkig.	bedekt.	bedekt.
Wärme der Ober			15° 6.

Juli 6., 7.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	12° 5	9° 1	9° 3
Luftdruck bei 0°	328° 99	329° 59	329° 91
Dunstdruck	3° 21	3° 55	3° 69
Dunnsättigung	55 pSt.	80 pSt.	82 pSt.
Wind	W. 2.	W. 2.	W. 2.
Wetter	bewölkt.	trübe.	heiter.
Wärme der Ober			14° 2.

Fonds- und Geld-Course.			Wechsel-Course.				
Deutsche Reichs-Anl.	4	89.00 bzG	Amsterd. 100 Fl.	8 T.	168.75 bz		
Consolidirte Anleihe.	4 1/2	100.50 bzG	do. do.	2 M.	168.85 bz		
do. do. 1876.	4	99.25 bz	London 1 Lstr.	3 M.	20.39 bz		
Staats-Anleihe.	4	99.10 bz	Paris 100 Frs.	8 T.	80.96 bz		
Staats-Schuldscheine.	4	99.75 bz	Petersburg 100 Rbl.	3 M.	198.10 bz		
Präm.-Anleihe v. 1885.	4	122.50 bzG	Warschau 100 Rbl.	8 T.	200.30 bz		
Berliner Stadt-Oblig.	4	103.00 bz	Wien 100 Fl.	8 T.	175.25 bz		
Berliner	4	103.40 bz	do. do.	2 M.	174.35 bz		
Pommersche	4 1/2	88.40 bz	Luth. 40 Thaler-Loose 263.20 G				
do. do.	4	96.25 bz	Bädische 35 Fl.-Loose 173.00 bz				
do. do.	4 1/2	104.40 bz	Braunschw. Präm.-Anleihe 87.50 bzG				
do. do.	4 1/2	—	Oldenburgische Loose 150.00 bz				
do. do.	4 1/2	88.25 bz	Ducaten 9.65 G				
Schlesische	4 1/2	98.25 G	Sover.				
Ludschaff. Central	4	98.50 bz	Napoleon 16.25 G				
Kur- u. Neumark.	4	85.40 B	Imperial 16.68 G				
Pommersche	4	85.40 B	Dollars				
Pommersche	4	98.25 bz	Oest. Bkn. 175.50 bz				
Preussische	4	98.40 G	do. Silbergd.				
Westfal. u. Rhein.	4	99.75 G	Russ. Bkn. 209.30 bs				
Sächsische	4	96.25 bz	Eisenbahn-Stamm-Actien.				
Schlesische	4	95.50 G	Divid. pro 1877/1878				
Badische Präm.-Anl.	4	131.20 G	Aachen-Mastricht.	1 1/2	1/2	4	17.80 bz
Öst.-Mind.-Präm.-Anl.	3 1/2	131.60 bz	Berg.-Märkische ..	3 1/2	4	90.00 bz	
Sächs. Rente von 1876	3 1/2	76.50 Jz	Berlin-Anhalt ..	5 1/2	5	94.60 bzG	
			Berlin-Dresden ..	0	0	13.80 bz	
			Berlin-Görlitz ..	0	0	15.02 bzG	
			Berlin-Hamburg ..	11 1/2	10 1/2	175.50 bz	
			Berl.-Potsd.-Magdb.	3 1/2	3 1/2	93.10 bzG	
			Berlin-Stettin ..	7 1/2	3 1/2	108.00 bz	
			Bresl.-Westbahn ..	5	5	82.50 bzB	
			Bresl.-Freib.	2 1/2	3 1/2	78.00 bz	
			Cöln-Minden ..	5 1/2	6 1/2	125.10 bz	
			Cöln-Bodenbach ..	0	0	25.75 bz	
			Gal. Carl-Ludw.-B.	3 1/2	8 1/2	102.75 bzG	
			Halle-Sora-Gub. ..	0	0	13.75 bzG	
			Hannover-Altenb.	0	0	14.40 bz	
			Kaeschen-Oderberg	4	4	59.50 G	
			Kronpr. Rudolfs ..	5	5	58.40 bz	
			Ludwigh.-Bebx. ..	9	9	185.00 bzB	
			Mack-Posenner ..	0	0	24.00 bzG	
			Magdeb.-Halberst.	8	9 1/2	139.25 bzG	
			Mainz-Ludwigh. ..	5	4	75.50 bzB	
			Niedersch.-Märk.	4	4	99.00 bzB	
			Oberschl. A. C. D. E.	8 1/2	8 1/2	154.00 bzB	
			Oesterr.-Fr. Str.	6	6	487.00-487.00	
			Oest. Nordwestb.	4 1/2	4	224.00 B	
			Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	152.82.00	
			Oest. Südb.	0	0	48.90 bzG	
			Rechte O.-U.-B. ..	6 1/2	7	121.75 bzG	
			Reichenberg-Par.	4	4 1/2	43.50 bzB	
			Rheinische	7	7	127.70 bzG	
			do. Lit. B. (40/9)	4	4	95.00 bzB	
			Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	10.50 bz	
			Ruman. Eisenbahn	2	2	32.75 bzB	
			Schweiz Westbahn	0	0	18.40 bzG	
			Stargard - Posen	4 1/2	4 1/2	163.10 bz	
			Thüringer Lit. A.	7 1/2	8	131.25 bz	
			Warschau-Wien.	5	8 1/2	194.00 bzG	
			Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.				
			Berlin-Dresden ..	0	0	29.20 bzG	
			Berlin-Görlitz ..	0	0	41.00 bz	
			Berlin-Warban ..</				

Wechsel-Couras.					
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 5	168,75 bz			
do. do.	2 M. 3	168,83 bz			
London 1 Ltr.	3 M. 2	20,39 bz			
Paris 100 Frca.	8 T. 2	80,96 bz			
Petersburg 100 SR.	8 T. 6	196,10 bz			
Wien 100 Bk.	8 T. 6	206,30 bz			
Warschau 100 Bk.	8 T. 6	175,23 bz			
do. do.	2 M. 4	174,30 bz			
Auch. 40 Thaler-Loose 263,20 G					
Sächsische 35 Fl.-Loose 173 00 bz					
Frankenschw. Präm.-Anleihe 87,50 bzG					
Oldenburger Loose 150,00 bz					
Ducaten 9,65 G		Dollars —			
Sover. — — — — —		Oest. Bkn. 175,50 bz			
Napoleon 16,25 G		do. Silberbz —			
Imperialen 16,68 bz		Russ. Bkn. 200,30 bz			
Eisenbahn-Stamm-Actien.					
Divid. pro	1877	1878			
Aachener-Mastricht. . .	1/2	1/2	4	17,80 bz	
Berg.-Märkische . . .	3/8	4	4	90,00 bz	
Berlin-Anhalt . . .	5/8	5	4	94,60 bzG	
Berlin-Dresdner . . .	0	0	4	13,80 bz	
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	15,02 bzG	
Berlin-Hamburg. . .	11/16	10 1/2	4	176,50 bz	
Berlin-Potsd.-Magdb. .	31/32	31/2	4	93,10 bzG	
Berlin-Stettin . . .	7/10	3 1/2	4	108,00 bz	
Böhm. Westbahn . . .	5	5	3	82,50 bzB	
Bresl. Freib. . . .	2 1/2	3 1/2	4	78,00 bz	
Cöln-Mind. . . .	51/100	0	3	125,10 bz	
Cux-Bodenbach-Bk. .	0	0	4	26,75 bz	
Gal. Carl-Ludw.-Bk. .	2 3/4	8,21 1/2	4	102,75 bzG	
Halle-Sorau-Gub. . .	0	0	4	13,75 bzG	
Hannover-Altenb. . .	0	0	4	14,40 bz	
Kaschau-Oderberg . .	4	4	5	50,50 bz	
Kronpr. Rudolfsh. . .	5	5	5	58,40 bz	
Ludwigh.-Bexb. . .	9	9	4	185,00 bzG	
Märk.-Posener . . .	0	0	4	24,00 bzG	
Magdeb.-Halberst. .	0	9 1/2	4	139,25 bzG	
Mainz-Ludwigh. . .	5	4	4	75,50 bz	
Niedersch.-Märk. . .	4	4	1	99,00 bzB	
Oberesch.-A.C.D.E. .	81/8	81/8	3 1/2	136,00 bz	
Oosterr. Fr. . . .	5	6	4	487,60-487,00	
Oost. Nordwestb. . .	4 1/2	4	3	224 00 C	
Oost.Südb.(Lomb.) . .	0	0	4	152-82,00	
Ostpreuss. Südb. . .	0	0	4	48,90 bzG	
Rechte-O.-U.-B. . .	61/8	7	4	121,75 bz	
Reichenberg-Pard. .	0	0	4 1/2	43,50 bzB	
Rheinische	7	7	4	abg. 127,70 bz	
do. Lit. B. (40/90) . .	4	4	4	95 00 C	
Rhein-Nahe-Bahn. . .	0	0	4	13,50 bz	
Rumän. Eisenbahn . .	2	2	4	32,25 bzB	
Schweiz Westbahn . .	0	0	4	18,40 bzG	
Stargard.-Posener . .	4 1/2	4 1/2	4 1/2	163,10 bz	
Thüringer Lit. A. . .	71/8	8	3	131,25 bz	
Warschau-Wien. . .	5	9,1 C 5	4	194,00 bzG	
Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.					
Berlin-Dresdner . . .	0	0	5	29,20 bzG	
Berlin-Görlitzer . . .	0	0	5	41,00 bz	
Breslau-Warchau . . .	0	0	5	31,00 bzG	
Halle-Sorau-Gub. . .	0	0	5	43,50 bzG	
Hannover-Altenb. . .	0	0	5	29,90 bzG	
Kohlfrut-Falkenb. . .	8	8	5	20,70 bz	
Märkisch-Posener . .	41/8	5	5	95,60 bzG	
Magdeb.-Halberst. .	31/8	3 1/2	3 1/2	86,00 bzG	
do. Lit. C. . . .	5	5	5	114,75 bzG	
Oestrr. Südbahn . . .	5	5	5	93,60 bzG	
Rechte-O.-U.-E. . .	61/8	7	5	122,40 bz	
Rumänier	8	8	8	99,25 bz	
Saal-Bahn	0	0	5	27,25 bzG	
Weimar-Gera	0	0	5	22,10 G	
Bank-Papiere.					
Alg. Deut. Hand.-G. .	2	2	4	51,50 G	
Anglo-DeutscheBk. .	0	0	—	—	
Berl. Kassen-Verk. .	84/15	89/10	4	155,50 G	
Berl. Handels-Ges. . .	0	0	4	66,50 bzG	
Berl. Prd.-u. Hds.-B. .	6	6	4	68,25 bzG	
Braunschw. Bank. . .	3	4 1/2	4	86,90 bzB	
Bresl. Disc.-Bank. . .	3	3	3	78,60 bz	
Bresl. Wechselbr. . .	5 1/2	5 1/2	4	83,75 bzG	
Burgund. Cred.-Buk. .	5	4 1/2	4	73,90 bz	
Danziger Prer.-Bk. . .	0	5 1/2	3	107,25 G	
Darmst. Creditb. . .	62/8	69/8	4	130,00 bz	
Darmst. Zettelbk. . .	55/8	5 1/2	4	104,00 G	
Deutsche Bank . . .	5	5	4	121,90 bz	
do. Reichsbank . . .	5,29	6 1/2	4 1/2	153,40 bzG	
do. Hyp.-B. Berlin . .	7 1/2	6 1/2	4	88,00 C	
Disc.-Comm.-Act. . .	5	6 1/2	4	102 10 bz	
do. uit. . . .	5	6 1/2	4	162,25-52,56	
Genossensch.-Bk. . .	5 1/2	5 1/2	4	99,25 G	
do. junge	5 1/2	5 1/2	4	88,50 bzG	
Goth. Grundcredb. . .	8	8	6	95,00 bzB	
do. junge	8	8	6	94,25 B	
Hamb. Vereins-B. . .	105/8	79/8	4	121,90 G	
Hannov. Bank. . . .	6	6	5 1/2	104,00 bzG	
Königsb. Ver.-Bnk. .	2	6	4	87,50 bzG	
Ldw.-B. Kwlitelek. . .	—	—	—	—	
Leips. Cred.-Anst. . .	59/8	59/8	4	124,80 bzB	
Luxemburg. Bank . .	5 1/2	2 1/2	4	110,00 bzG	
Magdeburger do. . .	29/10	21/10	4	110,50 G	
Münch. do. . . .	2	2 1/2	4	81,30 bzG	
Nordd. Bank	8 1/2	8 1/2	4	146,40 G	
Nordd. Grundcr.-B. .	3	0	4	49,25 bz	
Oberlausitzer Bk. . .	3	4	4	71,30 B	
Pr.-Cred. Act. . . .	8 1/8	89/8	4	467-67	
Posener Prer.-Bank . .	6 1/4	4	4	156 00 bzG	
Pr.-Bod.-Cr.-Act.-B. .	8	5	4	71,60 bzG	
Pr.-Cent.-Bod.-Crd. .	91/8	91/8	4	123,00 bzG	
Sächs. Bank	59/8	59/8	4	109 10 bz	
Sächs. Bank-Verein . .	5	5	4	82,00 bzG	
Weimar Bank	0	0	4	36,50 bzG	
Wiener Unionbck. . .	3 1/2	5	4	—	
In Liquidation.					
Berliner Bank	—	—	fr.	5,50 G	
Börl. Bankverein . . .	—	—	fr.	—	
Börl. Wechselbr. . . .	—	—	fr.	—	
Centrab. f. Genos. . .	—	—	fr.	67,00 bzG	
Deutsche Unionsb. . .	—	—	fr.	—	
Hwb. Schusterco. . . .	—	—	fr.	—	
Holdauer Lda.-Bk. . .	—	—	fr.	—	
Östendeutsche Bank . .	—	—	fr.	—	
Pr. Credit-Anstalt . . .	—	—	fr.	—	
Sächs. Cred.-Bank . .	—	—	fr.	107,75 G	
Schl. Vereinsbank . . .	—	—	fr.	—	
Thüringer Bank . . .	0	—	fr.	80,25 bzG	
Industrie-Papiere.					
Berl. Eisenb.-Bd.-A. .	0	—	fr.	—	
Börl. Eisenbahn-G. . .	0	0	4	12,10 bzG	
do. Reichs-u.-Co.-B. .	0	—	4	91,70 G	
Härk.-Sch. Masch-G. . .	0	0	4	20,40 bzG	
Nordd. Gummi-Fabr. . .	4	4	4	51,06 G	
Wend. Com.-G. . . .	—	—	fr.	—	
Pr. Hyp.-Vers.-Act. . .	5	5	4	89,09 B	
Schles. Feuersch. . . .	25	21	fr.	975 B	
Donnersmarkhütt. . .	3	1 1/2	4	29,75 B	
Dortm. Union	0	—	4	12,10 bz	
do. abgest. . . .	0	—	4	16,00 G	
Königs-u. Laurah. . .	2	—	4	74,00 bzG	
Lauhammer	0	—	4	32,50 bz	
Parfenhütte	3	2 1/2	4	51,90 B	
Sachs. Rodenhütte . .	0	—	4	21,50 G	
Schl. Kohlenwerk . . .	61/2	51/2	4	16,25 bzB	
do. St.-Fr.-Act. . . .	61/2	51/2	4	78,30 bz	
Carnowitz. Bergb. . .	0	0	4 1/2	—	
Fortwärschütte. . . .	0	0	4	7,50 bzB	
Baltischer Lloyd . . .	—	—	4	5 G	
Bresl. Bierbrauer. . .	0	—	fr.	—	
Bresl. E.-Wagenb. . .	1	5 1/2	4	62,00 bzG	
do. ver. Oelfabr. . . .	5	5 1/2	4	60,10 bzG	
Grdm. Spinneri	0	0	4	21,30 bz	
Körbitz. Eisenb.-B. .	4	—	4	70,00 G	
Köfmin.-a-Wag-Fabr. .	0	0	4	20 B	
Schl. Eisenb.-B. . . .	0	0	4	32,50 G	
Schl. Leinenind. . . .	4	—	4	77,50 G	
do. Porzellan	1 1/2	1 1/2	4	28,50 G	
Wilhelmsh. MA. . . .	—	—	4	25 B	
Bank-Discount 3 pCt.					
Lombard-Zinsfuß 4 pCt.					

Curse.] Londoner Wechsel 20, 45. Pariser Wechsel 80, 92. Wiener Wechsel 175, 10. Böhmische Westbahn 164%. Elisabethbahn 157%. Köln-Mindener-Brem.-Antheilsscheine 130%. Galizier 205. Franzosen*) 242%. Lombarden*) 75%. Nordweiss. 112%. Silberrente 59%. Papierrente 58%. Oesterr. Goldrente 68%. Ungar. Goldrente 82%. Italiener —. Russ. Bodencredit 77. Russen 1872 —. Neue russ. Anleihe 88%. 1860er Loose 123%. 1864er Loose 289, 60. Creditactien*) 232%. Oest. National-Bank 720, 00. Darmstädter Bank 129%. Meiningen Bank 81%. Oest. Ludwigsbahn 75. Ungarische Staatsloose 183, 20. do. Schatzanweisungen 102%. do. Oest.-B.-Obligationen II. 73%. Central-Pacific 107%. Reichsbank 155%. Reichs-Anleihe 99%. II. Orientanleihe 58%. — Dur.-Bodenbacher Goldprioritäten —. — Geschäftslös..

*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 233, Franzosen 242%, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —, Orientanleihe —, 1877er Russen —, 1860er Loose —.

Hamburg, 5. Juli, Nachmittags. [Schluss-Course.] Hamburger St.-A. 123%, Silberrente 59%, Oest. Goldrente 68%, Ungar. Goldrente 82%, Creditactien 232%, 1860er Loose 123%, Franzosen 608, Lombarden 190%, Ital. Rente 80%, Neue Russen 88%, Vereinsbank 122, Laurahütte 74%, Norddeutsche 145%, Commerzb. 107, Anglo-deutsche 35, Amerik. de 1885 93%, Köln-Mindener St.-A. 135, Rhein. Eisenb. do. 127%, Berg.-Märk. do. 89%, Berl.-Hamb. do. 177. Altona-Kiel do. 122%. Disconto 2 pCt. — Sehr still.

Hamburg, 6. Juli, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco rubig, auf Termine fester. Roggen loco behauptet, auf Termine fest. Weizen per Juli-August 186 Br., 185 Cb., per September-October 189 1/2 Br., 188 1/2 Cb. — Roggen per Juli-August 115 Br., 114 Cb., per September-October 118 1/2 Br., 117 1/2 Cb. Hafer still. Gerste rubig. Rüböl still, loco 58, per October 58. — Spiritus still, per Juli 36 1/2 Br., per August-Septbr. 37 1/2 Br., per September-October 38 1/2 Br., per October-November 38 1/2 Br. Kaffee fest, Umsatz 4000 Csd. Petroleum fest, Standard white loco 8, 10 Br., 7, 90 Cb., per Juli 7, 70 Cb., per August-December 7, 80 Cb. — Weiter: Veränderlich.

Wien, 6. Juli. [Straßenverkehr.] Creditactien 266, 40, Papierrente 67, 05, ungar. Goldrente 94, 10. Fest.

Liverpool, 5. Juli, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Fest, auf Zeit stramm. Tagesimport 1000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 5. Juli, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner sich bessern. Wtdrl. amerikanische Juli-August-Lieferung 6%, August-September-Lieferung 7 D.

Wien, 5. Juli, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fester, Termine rubig, per Herbst 9, 55 Cb., 9, 60 Br. — Hafer per Herbst 5, 55 Cb., 5, 60 Br. — Mais per Juli-August 5, 15 Cb., 5, 18 Br., August-September 5, 30 Cb., 5, 35 Br. — Weiter: Regnerisch, stürmisch.

Paris, 5. Juli, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlussbericht.) Weizen rubig, per Juli 27, 00, per August 27, 25, per September-October —, per Sept.-Decbr. 27, 25. Weizen rubig, per Juli 59, 00, per August 59, 50, per September-October —, per Septbr.-December 60, 25. Rüböl behauptet, per Juli 80, 50, per August 80, 75, per Septbr.-December 81, 25, per Januar-April 81, 25, Spiritus steigend, per Juli 54, 00, per Septbr.-December 54, 50 — Weiter: Schön.

Paris, 5. Juli, Nachmittags. Roggen loco rubig, pr. 10/13 pr. Juli pr. 100 Kilgr. 48, 75, pr. Juli pr. 100 Kilgr. 55, 00. Weizen fester, pr. 3 pr. 100 Kilgr. per Juli 57, 00, pr. August 57, 00, per September-December 57, 25, per Januar-April —.

London, 5. Juli. Savannazucker Nr. 12, 21%. Matt.

Antwerpen, 5. Juli, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen befestigt. Roggen rubig. Hafer unverändert. Gerste träge.

Antwerpen, 5. Juli, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18 1/2 bez. u. Br., per August 18 Br., per Septbr. 18 1/2 Br., per September-December 19 1/2 bez. u. Br. Fest.

Bremen, 5. Juli, Nachm. Petroleum niedriger. (Schlussbericht.) Standard white loco 7, 65, per August 7, 45, per September 7, 55, per October-December 7, 75.

Berlin, 5. Juli. Spiritus loco ohne Fass 54.— M. bez., per Juli 52,8—52,9 M. bez., per Juli-August 52,8—52,9 M. bez., per August-September 53,3—53,2 M. bez., per Sept.-October 53,1—53,2 M. bez., per Oct.-Nov. — M. bez., per November-December — M. bez. Gefündigt 30,000 Liter. Kündigungspreis 52,8 Mark.

G. F. Magdeburg, 4. Juli. [Marktbericht.] Wir hatten in dieser Woche sehr veränderliches Wetter, Sonnenschein und Regen, warme und kühle Temperatur in oftmaligem schnellen Wechsel. Wind vorherrschend aus West und Südwest, zeitweilig recht heftig. Wasserstand der Elbe hoch genug für volle Ladungen. Im Getreidehandel sehr still, die Umsätze in Weizen außerordentlich beschränkt, weil es an Angebot aus der Nähe und an Zufuhren aus der Ferne mangelte. Roggen begehrt, aber nur in ganz guter, trockener Qualität, feuchte und riechende, sowie geringe Sorten will Niemand haben. Das Gerstegegeschäfte ruht fast ganz. Hafer ging flott um und gute Waare blieb begehrt, so dass wir wahrscheinlich bis zur Ernte noch reichliche Zufuhren bedürfen werden. Wir notiren heute: Weizen, hiesige Landwaare, 186—194 M., englische glatte Sorten 182—190 M., Raubweizen 174—180 für 1000 Mgr. — Roggen, inländischer 136—143 M., fremdändischer und geringe Sorten, 124—130 M. für 1000 Mgr. — Gerste, Chevalier 160—185 M. nominell, Langgerste 140—152 M., Futter-Gerste 120—135 M. für 1000 Mgr. — Hafer je nach Beschaffenheit 125—147 M. für 1000 Mgr. — Mais, bunter amerik. 108—112 M., weiß amerik. 116—120 M. — Donsaumais 120—122 M. für 1000 Mgr. — Hülsenfrüchte. Nur nach Futtererbsen war Frage und galten diese nach Qualität 125—140 M. für 1000 Mgr. — Delsaaten. Raps vom Lager holte 270—275 M. Moh'n wurde grauer und blauer zu 34—38 M. für 100 Mgr. verkauft; andere Delsamerieen waren nicht am Markt. — Rüböl 57—57,50 M., Wobnöl 100—103 M. Leinöl 63—65 M., Rapskuchen 13—14 M. für 100 Mgr. — Gedarrte Gochorienwurzel 16 M. für 100 Mgr. Gedarrte Runkelrüben 14 Mark für 100 Mgr. — Spiritushandel unbelebt. Preise gut behauptet. Kartoffel-spirituss loco Jänner zurück 54—54,50 M. bezahlt, auf spätere Termine ohne Umsatz. Hülsenspirituss kurze Lieferung und per diesen Monat zu 52 Mark mehrfach gehandelt, bleibt zu diesem Preise ferner erhältlich; pr. Juli-October in jedem Monat gleiches Quantum zu 52,50 M. angeboten. — Rübenbrennsyrup 8,50—9 M. für 100 Mgr.

Wreslau, 7. Juli, 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen etwas fester, bei mäßigem Angebot Preise zum Theil höher.

Weizen, höhere Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlechterer weisser 16,40 bis 18,30—18,80 Mark, gelber 16,30—17,60 bis 18,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 11,30—12,40 bis 12,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 11,20 bis 13,00 Mark, weisse 13,20—13,80 Mark.

Hafer leicht verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 10,70—11,40—12,00 bis 12,60 Mark.

Mais schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 9,30—9,80—10,30 Mark.

Erbisen preisbehaltend, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00 bis 14,80 Mark, Victoria 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50 bis 7,90—8,30 Mark, blass 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,20—11,80 Mark.

Delsaaten ohne Umsatz.

Schlaglein sehr fest.

Rapskuchen in ruhiger Haltung, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,50 Mark, pr. Sept.-Oct. 6,30 Mark.

Leintuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,10—9,40 Mark, fremde 7,10—8 Mark.

Thymianthe ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Mark.

Kleejammen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 28—33—38—41 Mark, — weisser pr. 50 Kilogr. 30—38—45—55 Mark, hochfeiner über Notiz.

Weizen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,50—27,50 Mark, Roggen fein 19,50—20,50 Mark, Haubaden 18,00—19,00 Mark, Roggen-Futtermehl 8,50—9,50 Mark, Weizenkleie 6,40—7,40 Mark.

Heu 3,40 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Wreslau, 7. Juli. [Wasserhand.] D.-B. 5 M. 10 Cn. H.-B. — M. 68 cm.

Rechte-Oberr-Ober-Eisenbahn-Gesellschaft.
Einnahme pro Juni 1879.

1879 nach vorläufiger Feststellung	1878 nach berichteter Feststellung:
1) vom Personen-, Gepäc- und Vieh-Verkehr	122,920 Mark,
2) vom Güter-Verkehr	511,490
3) außerdem	58,000
Summa	692,410 Mark,
pro Monat Juni 1879 weniger	18,659 M.
Gesamt-Einnahme	4,490,705 M.

Von Anfang des Jahres ab gegen das Vorjahr mehr 212,185 Mark.

Todes-Anzeige. [184]
Heute früh 1½ Uhr endete nach kurzen Leiden eine Lungenlähmung das theure Leben unseres innigstgeliebten, selten braven Vaters, Schwiegers- und Großvaters, des Stadthaupt-Kassen-Buchhalters
Herrn Julius Thiem,
im Alter von 76 Jahren.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme allen Verwandten und Freunden ergebens an
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Breslau, den 6. Juli 1879.

Am 5. d. Mts. starb am Herzensschlage unser lieber Colleague, [1021]
Herr Oberlehrer Dr. Dihm.
Seine Ehrenhaftigkeit, seine Herzengüte und sein collegialischer Sinn sichern ihm ein bleibendes Andenken in unserem Kreise.
Das Lehrer-Collegium der Realschule am Zwingert.

Lobe-Theater. [962]
Montag, den 7. Juli. Letzte Woche. 3. 37. M.: „Die Kinder des Capitän Grant.“

Saison-Theater. [1019]
Montag, den 7. Juli. „Der Hausschlüssel.“ Hierauf: „Des Löwen Erwachen.“ Zum Schluss: „10 Mädchen.“

Dr. Hönig's Klinik
für Hautkrankte etc. [7898]
Breslau, Gartenstrasse 46c.

Künstliche Zähne, Plomben u. c.
Herrn Thiel, Alte Taschenstrasse 15, an der Liebigshöhe. [755]

Homöop. Apotheke.
Alle homöopathischen Medicamente, Reise- und Haus-Apotheken, sowie Bücher verschiedener Aerzte sind stets vorrätig bei
Edmund Niche,
Apotheke in d. Schweidnitzerstrasse in Breslau. [4932]

Eine renommierte mährische Bierbrauerei sucht für Breslau und Umgebung einen Vertreter resp. Verkäufer unter annehmbaren Bedingungen. Offerten sind unter der Chiffre V. O. S. 68 an die Exped. der Breslauer Zeitung zu richten. [13]

Special-Arzt Dr. Deutsch,
Berlin, Friedrichstrasse 3,
Mitgl. d. Wiener med. Facultät, hlnach eig. glänzend bewährt. Methode rasch, gründlich, ohne Verunstaltung: Syphilis, Manneschwäche, Pollut., Ausfluss, Urinbeschwerden, Geschwüre, Hautausschläge, Mund- u. Halsübel. Behandlung brieflich (discret). [718]

Holzement- und Papp-Dächer,
ebenfalls [8002]
Asphaltirungen
fertigt, bei Verwendung des besten Materials, zu civilen Preisen und unter langjähriger Garantie
die Fabrik von
Carl Mannich,
Breslau,
Gartenstrasse 30c.

Frucht-Pressen u. Mühle
verkaufte billigst. [296]
M. Singer, Waldenburg i. Schl.

Wein-Verkauf.
Das zum Hôtelbesitzer Liebigschen Nachlasse gebörende Lager von reia gehaltenen, gut gepflegten
Rhein-, Roth-, Ungar-, griechischen und spanischen Weinen,
Champagner, Rum, Arac und Cognac
in Fässern und Flaschen soll mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts nach Maassgabe der gerichtlichen Taxe gegen baare Zahlung in einzelnen Partien verkauft werden.
Bis auf Weiteres werden jeden **Mittwoch Vormittag** im neuen Saale des Liebigschen Hôtels Probeflaschen der vorhandenen Bestände zum Taxpreise verabreicht werden und die Taxe zur Einsicht ausliegen.
Neisse, im Juli 1879.
Hôtelbesitzer Liebigsche Erben.

Silesia, Verein chemischer Fabriken
u **Saarau** (Stat. d. Bresl.-Freib. Bahn), **Breslau** (Schweidn. Stadth. 12) und **Merzdorf** (an der Schles. Geb.-B.). [8286]
Unter **Gehalts-Garantie** offeriren wir unsere bekannten **Dünger-Präparate**, sowie die sonstigen gangbaren **Düngmittel**.
Proben und Preis-Courants auf Verlangen franco.

Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Stein.**
Druck von **Graz, Roth u. Comp. (W. Friedrich)** in Breslau.

Bekanntmachung.

Beim Bau der III. städt. Gas-Anstalt an der Trebnitzer Chaussee hieselbst sind zu verschiedenen Bau-lichkeiten erforderlich: [120]

- 350 Mille Verblendeziegel zu Rohbaumaauerwerk,
- 200 Mille gute Wintermauerungsziegel,
- 100 Mille hartgebrannte Ziegeln zu Pflasterungen,
- 240 Hectoliter gelbichten ober-schlesischen Kalk,
- 9 Hectoliter Graufalk und
- 650 Kubikmeter Mauerfand.

Die Lieferung dieser Materialien soll im Wege der öffentlichen Sub-mission an den Mindestfordernden ver-zungen werden.

Verteigelte, mit entsprechender Auf-schrift versehene Offerten, denen die in den Bedingungen vorgegebenen Bietungscautionen und Proben bei-zufügen, sind

bis Sonnabend, den 12. Juli c., Mittags 12 Uhr,

im Centralbureau der städt. Gaswerke, Stadthaus parterre, abzugeben. Die Bedingungen liegen im Bau-Bureau auf der III. Gas-Anstalt zur Ein-sicht aus.

Breslau, den 3. Juli 1879.
Die Bau-Commission
für die III. städt. Gas-Anstalt.

Holzverkauf.

Zum meistbietenden Verkauf von Bau- und Brennholz aus der Königl. Oberförsterei Peisternitz wird ein Termin angelegt zum

11. Juli cr.,
Vormittags 9 Uhr,

in Pags Gasthaus zu Peisternitz.
Zum Verkauf kommen die bisher ausgetobenen Hölzer und der Totalität - Einschlag des Schutzbezirks Steindorf. [1020]

Dblau, den 5. Juli 1879.
Der Königl. Oberförster.
von Schlebrügge.

Albert Pelsner,
vorm. **Jos. Schoenfeld,**
Ring 18, im Hause
der Herren Gebr. Friedenthal.
Papier- und Schreibmaterialien-Handlung. [948]
Détail-Verkauf
zu Engros-Preisen.

Tapeten
meiner eigenen Fabrik empfehle ich billigst, die Rolle von 20 Pf. an bis zu den feinsten Gobelin-Tapeten; besondere Farbenstel-lungen, zu Stoffen u. passend, werden auf Wunsch sofort angefertigt. [862]
Carl Neddermann,
Tapeten-Fabrik,
Niemezeile Nr. 15,
Klosterstrasse 38.

Ein Kellner,
cautionsfähig, mit guten Empfehlun-gen, sucht bald Stellung. Gef. Off-erbittet **Theodor Gansberg, Ratibor.**

2 eleg. Gartenwohnungen
mit 1 Morgen gr., eleg. Garten zu v-für 400 u. 500 Thlr. Klosterstr. 10.